



## **Protokoll**

**18. Sitzung des Gemeinderates  
Montag, 3. Dezember 2007, 18:00 Uhr,  
Gemeinderatssaal**

### **TRAKTANDEN**

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Voranschlag 2008 der Oberstufenschulgemeinde Uster  
(Antrag Nr. 146)
- 4 Voranschlag 2008 / Finanzplanung 2009 bis 2011  
Leistungsaufträge 2008-2011 und Globalbudget 2008  
(Antrag Nr. 138)
  - 4.1 GF Steuerung und Führung
  - 4.2 GF Bürger- und Parlamentsdienste
  - 4.3 GF Kultur
  - 4.4 GF Finanzen
  - 4.5 GF Liegenschaften
  - 4.6 GF Infrastrukturbau und Unterhalt
  - 4.7 GF Stadtraum und Natur
  - 4.8 GF Hochbau und Vermessung
  - 4.9 GF Koordination Bildung
  - 4.10 GF Sicherheit
  - 4.11 GF Publikumsdienste
  - 4.12 GF Soziale Sicherheit
  - 4.13 GF Gesundheit
  - 4.14 GF Betreutes Wohnen
  - 4.15 GF Sport
  - 4.16 GF Sozialhilfe
  - 4.17 GF Primarschule
- 5 Festsetzung des Steuerfusses
- 6 Investitionen des Voranschlages 2008
- 7 Laufende Rechnung 2008

## **Präsenz**

Vorsitz	Werner Hürlimann, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Verwaltung	Kathrin Lackner, Parlamentssekretärin Markus Josi, Abteilungsleiter Finanzen Marianne Biber, Präsidentin Oberstufenschulpflege Peter Pfeifer, Controller
Entschuldigt	Jean Claude Simmen Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung
Unentschuldigt:	
Verspätet:	Stefan Feldmann (ab Traktandum 4) Reto Dettli (ab Traktandum 4)
Presse	Christian Brändli, AvU Werner Frei, ZO Andreas Heer, SDA Heinz Girschweiler, TA Christina Neuhaus, NZZ

Der Präsident begrüsst als Vertretung der Oberstufenschule Marianne Biber, den neuen Controller Peter Pfeifer und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## **Änderung Traktandenliste/Tagesordnung**

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Rolf Graf bittet, auf Reto Dettli zu warten, seine Verspätung ist unerwartet. Der Vorsitzende schlägt vor, dass beim Voranschlag der Oberstufenschule stattdessen Rudolf Locher das Referat von Reto Dettli verlesen wird. Rolf Graf ist einverstanden.

## **1 Mitteilungen**

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Zeitschrift Persönlich vom November 2007
- Protokollauszug des Stadtrates von seiner Sitzung vom 27.11.2007 betreffend Rücktritt Reto Dettli, Ersatzwahl Maja Burger-Tschanz
- Präsidialverfügung des Bezirkrates Uster vom 21. November 2007 betreffend Rücktritt Stefan Lehmann
- Präsidialverfügungen des Bezirkrates Uster vom 20. November 2007 betreffend Beschwerden Werner Kessler gegen den Gemeinderat Uster betreffend diversen Einbürgerungen
- Präsidialverfügung des Bezirkrates Uster vom 13. November 2007 betreffend Rücktritt Reto Dettli
- Präsidialverfügung des Bezirkrates Uster vom 13. November 2007 betreffend Rücktritt Christian Keller
- Schreiben von Astrid Graf vom 13. November 2007 betreffend „Geschlossene Villa am 11.11.2007“
- Schreiben der Oberstufenschulpflege Uster vom 23. Oktober 2007 betreffend Legislaturziel Einführung Globalbudget
- Schreiben der Abteilung Gesundheit vom 12. November 2007 betreffend Motion Nr. 530 des Ratsmitglieds Stefan Lehmann zur Prüfung einer organisatorischen Änderung des GF Betreutes Wohnen, Gesuch um Fristverlängerung zur Beantwortung bis 30.6.2007

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 17. Sitzung des Gemeinderates vom 12. November 2007 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

### **3 Antrag der Oberstufenschule Uster betreffend Voranschlag 2008 (Antrag Nr. 146)**

Bei den Verhandlungen zu diesem Geschäft sind im Ausstand: Regula Trüeb-Murbach, Tobias Deininger, Jean-François Rossier und Rolf Denzler als Einwohner von Nänikon.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert an Stelle von Reto Dettli **Ruedi Locher**.

*Herr Präsident, meine Damen und Herren*

*Ich verlese Ihnen im Folgenden das Referat der Kommission Bildung und Kultur zum Voranschlag der Oberstufe.*

*Das beantragte Budget der Oberstufe Uster mit einem Aufwand von 18'937'700 Fr. sieht einen Aufwandüberschuss von 1'191'200 Fr. bei einer Erhöhung des Steuerfusses von 19% auf 21% vor. Die Mitglieder der KBK erhielten anlässlich einer Vorbesprechung sowie anlässlich von zwei Kommissionssitzungen fundierte Auskünfte durch die Präsidentin Marianne Biber und den Finanzverantwortlichen Daniel Wyssen. Für die übrigen Mitglieder des Gemeinderates liegen keine Erläuterungen zu den Zahlen des Voranschlages vor, was eine Nachvollziehbarkeit der beantragten Steuerfusserhöhung verunmöglicht. Der qualitative Unterschied zwischen dem NPM-Budget der Stadt und dem traditionellen Budget der Oberstufe ist offensichtlich.*

*Die Gründe für das deutlich steigende Defizit liegen bei der gestiegenen Steuerkraft in Uster, welche doppelt auf das Budget der Oberstufe durchschlägt. Zum einen resultiert ein verringerter Steuerkraftausgleich des Kantons im Umfang von rund 900'000 Fr.. Die gestiegene Steuerkraft der Stadt Uster führt zudem dazu, dass die Stadt bei den Subventionen an die Lehrkräfte in eine andere Bemessungskategorie fällt, was zu weiteren Zahlungsausfällen des Kantons im Umfang von ca. 800'000 Fr. führt. Zusammen mit dem budgetierten Defizit von rund 500'000 Fr. aus dem Vorjahr und den zusätzlichen Amortisationen auf Grund der hohen Investitionen der letzten Jahre resultiert somit ein Minus von rund 2.2 Mio. Fr.. Die beantragte Steuerfusserhöhung um 2% führt bei einem einfachen Staatsteuerertrag von rund 570'000 Fr. pro Steuer-Prozent zum budgetierten Minus von 1,191 Mio. Fr. Der letzte Rechnungsabschluss 2006 weist ein Finanzvermögen von 10.8 Mio. Fr. und ein Verwaltungsvermögen von 18.6 Mio. Fr. aus. Das Fremdkapital beträgt rund 6.8 Mio. Fr. Mit den getätigten Investitionen des laufenden Jahres rechnet die Oberstufe per Ende 2007 noch mit einem Finanzvermögen von 6.75 Mio. Fr.. Die Oberstufe weist jedoch darauf hin, dass das Finanzvermögen lediglich eine Momentaufnahme per 31.12. darstellt und diese Mittel als Liquidität für die laufenden Ausgaben benötigt werden. Die Zahlungen der Stadt an die Oberstufe erfolgen jeweils per Ende September eines Jahres. Deshalb besteht gegen Ende Jahr ein Finanzvermögen im ausgewiesenen Ausmass, bis im August des folgenden Jahres sinkt dieses um ca. 7 Mio. Fr. Dies bedeutet, dass das Finanzvermögen per 30.9. jeweils kleiner ist als 0.*

*Die Kommission Bildung und Kultur wünschte anlässlich der Diskussion des Geschäftsberichtes 2006 eine Auflistung mit der Entwicklung des Sachaufwandes der letzten Jahre. Diese wurde der KBK detailliert vorgelegt. Die Differenzen ergeben sich im Wesentlichen aus zusätzlichen Aufwendungen für Miete bei der Verwaltung, Informatikaufwendungen in den Schulen, mehr Klassenlagern sowie Aufwendungen für die Qualitätssicherung.*

*Die Kommission Bildung und Kultur hat die beantragte Steuerfusserhöhung fundiert diskutiert und kommt zum Schluss, dass sie diesem Antrag nicht folgen will. Die Unsicherheiten bei der Entwicklung der Steuerkraft und des Steuerkraftausgleichs sind gross. Eine Steuerfusserhöhung würde zur Zeit quer in der Landschaft stehen. Auf Grund der Eigenkapitalsituation der Oberstufe sei ein einmaliges Defizit in der Höhe von mehr als 2 Mio. Fr. wohl verkraftbar.*

*Die Kommission beantragt Ihnen deshalb, den Voranschlag 2008 zu genehmigen und den Steuerfuss - in Abweichung des Antrages der Oberstufe - bei 19% zu belassen.*

*Für die Kommission Bildung und Kultur  
Reto Dettli*

**Ruedi Locher** gibt das Resultat für die Rechnungsprüfungskommission bekannt.

*Sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen*

*Bei einem um 2% höher beantragten Steuerfuss von neu 21% veranschlagt die Oberstufenschulbehörde Uster bei einem Aufwand von 18'938'700.00- und Erträgen von insgesamt 17'747'500.00 einen **Aufwandüberschuss von Fr. 1'191'200.- gegenüber 488'000.-** im Jahr 2007.*

*Dies bedeutet um einen 2,2 fachen erhöhten Aufwandüberschusses.*

*Dieser wird insbesondere, auf der Basis des neuen Volksschulgesetzes, durch die Uebertragung des Anteils der Grundbesoldung vom Kanton an die Gemeinden von ca. Fr. 810'000.- und einer Lohntarifierhöhung von ca. 9%, was der Summe von Fr. 900'000.- entspricht, hervorgerufen.*

*Der Anteil des Kantons an die Lehrerlöhne bewirkt zusätzlich einen reduzierte Beitrag von aktuell 33,6% gegenüber 41,6%, d.h. von Fr. 800'000.-an die Besoldungskosten der Oberstufe.*

*Die veranschlagten Steuererträge, auf der Basis des um 2% höher beantragten Steuerfusses von neu 21% betragen Fr. 12 Mio. gegenüber dem Betrag von 10'250'000.- im Vorjahr.*

*Der neue Steuerkraftausgleich, nach erhöhter Steuerkraft von Uster, reduziert die Einnahmen um 918'000.- auf den Nettobetrag v. 1'2 Mio.*

*Das Eigenkapital würde somit auf den Betrag von Fr. 20'976'128.15 sinken*

#### **Investitionsrechnung:**

*Die geplanten Investitionen betragen Fr. 3'520'000.- Mio, gegenüber Fr. 5'150'000.- im Vorjahr, was mit der Fertigstellung der BWS-Bauten zu begründen ist.*

*Als grössere Investition steht die Turnhalle Freiestrasse mit einem Kredit von Fr. 2'750'000.- an und verschiedene kleinere Renovationen im SH Weidli mit 230'000.- und die Sanierung des SH Krämeracker wird mit einem Betrag von 540'000.- prognostiziert.*

*Der Buchwert der Hochbauten wird sich durch die getätigten Bauinvestitionen, nach Abschreibungen von 2'454'000.-auf neu Fr. 22'086'000.- leicht erhöhen.*

*Die Abschreibungen sind mit den ordentlichen Quoten von 10% für Hochbauten, Schulhäuser und Turnhallen, und den 20% für das Mobiliar inkl. der Informatik eingerechnet.*

#### **Laufende Rechnung/Sachaufwand:**

*Dieser hat sich seit dem Jahre 2003 um 20% erhöht, die Schülerzahl um 13% in der gleichen Zeit.*

*Der im Vorjahr gesunkene Beitrag an die Mittelschulen erhöht sich neu auf Fr. 810'000.-. Der Sachaufwand für Schulhäuser verringert sich um 30'000.- auf 970'600.-, wogegen die Schulbetriebskosten sich auf Fr. 8'248'600.- von 7'647'500.- im Vj. erhöhen.*

*Die Sonderpädagogik trägt mit einer Erhöhung von Fr. 1468'800, auf Fr. 1612'000.- zu den Mehraufwendungen bei. Der Defizit der KUSS von Fr. 45'500.- wirkt sich mit der Verrechnung des Vorschlages aus dem Jahre 07 von Fr. 80'785.60 per Saldo nicht negativ aus..*

#### **Steuern und Steuerfuss:**

*Die von der Stadtkasse gemeldeten ordentlichen Steuererträge steigen um netto Fr. 343'000.-, der Steuerkraftausgleich gemäss dem Novemberbrief verbleibt bei den vorsichtig prognostizierten 1,200'000.- Mio Fr.*

*Die Oberstufenschulgemeinde Uster beantragt eine Steuerfusserhöhung von jetzt 19 auf 21% des ordentlichen Steuerfusses der Stadt Uster. Dies bewirkt Mehreinnahmen von 1'100'000.-. Zeitlich begrenzte Liquiditätsengpässe seien der Hauptgrund, auf welche diese Steuerfusserhöhung basiere.*

*Das Eigenkapital von heute Fr. 22'655.328.15 .- wird sich **mit** der veranschlagten Steuer-Erhöhung auf Fr. 20'976'128.15 Ende 2008 verringern. Unter Beibehaltung des alten Steuerfusses, wird sich dieses auf Fr. 19 Mio. bewegen wird. Die kurzfristigen Fremdgeldbeanspruchung werden Zinskosten von ca. 70'000.- bis max. 150'000.- p. J. bewirken.*

*Die RPK beantragt, den Voranschlag der Oberstufe für das Jahr 2008 zu genehmigen und den Steuerfuss auf 19% des einfachen Staatssteuerertrages zu belassen.*

*Für die Rechnungsprüfungskommission, im November 2007*

*Rudolf Locher*

**Marianne Biber** nimmt Stellung. Sie weist namentlich darauf hin, dass die Oberstufenschulpflege deshalb eine Steuerfusserhöhung von 19 auf 21 % beantragt, weil vom Kanton 10 % weniger Subventionen an die Lehrerlöhne fliessen werden 2008. Dafür profitiert die Primarschule, weil da die Subventionen steigen werden. Abgesehen davon werden die Schülerzahlen steigen, man behält sich vor, nächstes Jahr wiederum eine Steuererhöhung zu beantragen.

**Marianne Siegrist:**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Die FDP/CVP Fraktion schliesst sich der Meinung der Kommissionen an, den Steuerfuss nicht zu erhöhen. Zu unsicher ist die Entwicklung der Steuerkraft der Stadt und damit verbunden des Steuerkraftausgleichs des Kantons. Eine zusätzliche Unsicherheit der Kosten besteht bei der Berufswahlschule. Im Zusammenhang mit dem neuen Berufsbildungsgesetzes werden die Kantone verpflichtet, gewisse Kosten der Berufswahlschulen zu übernehmen. Dass die Beiträge des Kantons an die Lohnkosten kleiner werden ist eine Tatsache, die wir akzeptieren müssen.*

*Die FDP/CVP Fraktion erwartet von der Oberstufe, dass sie die Ausgaben im 2008 sehr kritisch hinterfragt damit wir auch zukünftig möglichst auf eine Steuerfusserhöhung verzichten können.*

*3. Dez. 2007 Marianne Siegrist*

**Walter Meier** ergreift namens der EVP/GLP-Fraktion das Wort:

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

*Der Voranschlag der Oberstufe Uster sieht einen Aufwandüberschuss von rund 1.2 Mio. und Netto-Investitionen von 3.5 Mio. vor und dies bei einem um 2 % erhöhten Steuerfuss von 21 %. Da die Abschreibungen rund 2.5 Mio. betragen, reden wir von einem Finanzierungsfehlbetrag von rund 2.2 Mio. Franken. Der Cash flow ist aber mit über 1 Mio. im positiven Bereich.*

*Es ist davon auszugehen, dass im 2008 die Phase von intensiver Investitionstätigkeit abgeschlossen werden kann. Für die Jahre 2009 usw. sind Investitionen von unter 0.5 Mio. vorgesehen.*

*Weil das Eigenkapital relativ hoch ist - man hat in den Jahren vor der grossen Investitionstätigkeit regelmässig Ertrags-Überschüsse ausgewiesen – können ein paar Jahre mit Aufwand-Überschüssen verkraftet werden.*

*Die Oberstufenschulpflege begründet die gewünschte Steuerfusserhöhung damit, dass schon bald Fremdkapital aufgenommen werden müsste. Man wolle die Zinslast möglichst gering halten. Solange aber die Stadt Uster mit vorhandener Liquidität aushelfen kann, ergibt sich für die Steuerzahler der Stadt Uster ein Null-Summen-Spiel (der Zinsertrag der Stadt steigt um den gleichen Betrag, wie die Zinslast in der Rechnung der Oberstufe Uster steigt).*

*Die EVP/GLP-Fraktion wird dem Voranschlag 2008 der Oberstufe Uster zustimmen und den Antrag der KBK und RPK auf Beibehaltung des Steuerfusses unterstützen.*

*Walter Meier, Gemeinderat*

**Ruedi Gysi** spricht namens der SVP-/EDU-Fraktion

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
geschätzte Damen und Herren*

*Die im Budget vorgeschlagene Steuererhöhung von 19% auf 21% wurde in der Fraktion eingehend diskutiert und einstimmig abgelehnt.  
Das budgetierte Defizit kann mit dem Finanzvermögen im Rechnungsabschluss von 2006, von 10.8 Mio. Fr. aufgefangen werden. Zur Zeit drängt sich also eine 2% Steuererhöhung überhaupt nicht auf. Die SVP/EDU Fraktion bemängelt die Art und Weise der Kommunikation der Oberstufenschulpflege, wie das Budget dem Gemeinderat unterbreitet wurde. Den Mitgliedern des Gemeinderates lagen keine Erläuterungen über die Zahlen des Voranschlages vor. Aus diesem Grunde konnte auch eine Steuerfusserhöhung nicht nachvollzogen werden.  
Zudem hat die Oberstufe in den letzten Jahren immer positive Rechnungsabschlüsse getätigt und verfügt zudem über ein hohes Eigenkapital von rund 20 Mio. Fr. eine Steuererhöhung zur Beschaffung von Liquidität ist daher sicher nicht das richtige Mittel.  
Die SVP/EDU Fraktion kann den Kommissionsanträgen zustimmen, weist aber die Erhöhung des Steuerfusses auf 21% klar zurück.*

*Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat*

**Rolf Graf** ergreift im Namen der SP-Fraktion das Wort. Er bemängelt vor allem der gelieferte Zahlenfriedhof in dem Bericht der Oberstufenschulpflege. Er hat seine Meinung zu dem Budget schon zu Hause gemacht und ist damit in die Fraktion gegangen. Die schlechte Meinung blieb bestehen. Das eingesetzte Rechnungsmodell ist nicht mehr geeignet. Die beantragte Steuerfusserhöhung konnte materiell nicht erhärtet werden. Man sollte abwarten, bis sich der prognostizierte negative Trend wirklich abzeichnet und dann eine Steuererhöhung festsetzen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 28 : 0 Stimmen**

**Der Steuerfuss zur Deckung des Aufwandes der Oberstufenschulgemeinde Uster wird auf 19% des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.**

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 28 : 0 Stimmen**

**Der Voranschlag 2008 und die Investitionsrechnung 2008 der Oberstufenschulgemeinde Uster wird genehmigt.**

**4 Antrag des Stadtrates betreffend Voranschlag 2008 / Finanzplanung 2009 bis 2011  
(Antrag Nr. 138)**

Der Vorsitzende erläutert das detaillierte Vorgehen der Budgetberatung und das Abstimmungsprozedere. Er weist insbesondere darauf hin, dass die Basis für die Beratungen sämtlicher 17 Leistungsaufträge bzw. Globalbudgets, Seiten B1 – B145 mit den nachgelieferten Ergänzungen des Novemberbriefes des Stadtrates vom 15. November 2007 sind. Zuerst wird Finanzvorstand Heinz Wolfensberger referieren, dann erhalten die Fraktionsmitglieder das Wort und am Schluss ist die Debatte offen für die Gesamtvorlage. Nur die Geschäftsfelder mit Änderungen/Diskussion werden separat abgestimmt.

Finanzvorstand **Heinz Wolfensberger** referiert zum Voranschlag 2008.

**Voranschlag 2008**

*Ich danke ihne, dass ich d' de Voraschlag 2008 vo de Stadt Uschter churz dörf vorstelle. Mini Usfuehrige mach ich unter Berücksichtigung vom Novämberbrief, wo vom Stadtrat am 13. Novämber verabschiedet und ihne verschickt worde isch.*

*Also start ich mit de Übersicht uf de Site 3 vo eušem Bricht. Mir budgetierted i de laufende Rächmig 2008 en Ufwandüberschuss vo neu rund 3,1 Millione Franke. Gägeüber em Voraschlag 2007 ergit sich es um rund 0,7 Millione Franke schlächters Ergäbnis. Das Jahr werded mir, wie di letschti Hochrächmig zeigt, i de laufende Rächmig, trotz grössere Schwankige bi einzelne Positione, in etwa mit emene Ufwandüberschuss vo zwei Millione müese rächne. Di finanziell Usgangslag vo de Stadt Uschter chann aber nach wie vor als sehr guet bezeichnet werde, was au erneut mit em beschte Rating AA+, wo für d'Gemeinde vo de Zürcher Kantonalbank vergeh wird, bestätigt wird. Daher isch de Stadtrat überzügt, dass dä budgetierte Ufwandüberschuss vo 3,1 Millione Franke für's 2008 finanzpolitisch verträtkbar isch.*

*Im Verwaltigsvermöge sind im Jahr 2008 Nettoinvestitione i de Höchi vo sage und schreibe, neu 32,7 Millione Franke vorgeseh. Obwohl de Sälbschtfinanzierungsgrad nur grad absolut ungnügendi guet 21 % wird beträge, werded mir euis dank emene höche Bestand a flüssige Mittel au im Jahr 2008 nöd neu müese verschulde, sondern chönd s'nächscht Jahr sogar no fälligi Darlehe i de Grösseordnig vo 6 Millione zrugzähle. Di lanfristige Schulde reduziered sich so uf 44 Millione Franke. D'Finanzplanig 2009 bis 2011 gseht nach wie vor sehr höchi Investitione vor. Entsprechend sind i Zuekunft mit höche ordentliche Abschriebige z'rächne. Vor dem Hintergrund hät de Stadtrat für s'Budget 2008 uf zuesätzlichi Abschriebige verzichtet.*

*S'Eigekapital sinkt zwar ufgrund vom budgetierte Ufwandüberschuss uf neu 107,6 Millione Franke. Bildet aber nach wie vor e gsunds Polschter.*

*De Stadtrat haltet a sim Ziel fescht und strebt au i Zuekunft en Gsamt-Stürfuess i de Nächi vom kantonale Mittel a, um für natürlichi wie juristisch Personne attraktiv z'bliebe. Daher beatreit er ihne de Stürfuess unveränderet bi 95 % z'lah. Da sie die vo de Oberstufeschuelgemeind beatreit i Stürfuesserhöchig vo 2 % nöd gnehmiget händ, würdi de Gsamtstürfuess also bi unveränderte 114 % blibe.*

Bevor ich zu de Investitionsrächnig und -planig wächsle no e paar Bemerkige zu de Iflussfaktore, wo i Zuekunft d'Entwicklig vo de öffentliche Hushält chöntet präge. Die nach wie vor sehr höche planete Investitione i de kommende Jahr händ grossi Konsequänze uf Abschriebige, Zinse und schliesslich d'Verschuldig. D'Uswürkige vom neue Finanzusgleich sind im Detail nonig bekannt. Mehrufwändige i dem Zämmehang werded im Voraschlag 2008 vielfach dur Minderufwändige i andere Bereich oder Mehrerträg kompensiert. Das de Gmeinde bis Mitti Dezämber 2007 zur Vernehmlassig unterbreitete neue Finanzusgleichsgesetz vom Kanton Züri würd sich, nach ere erschte kurze Beurteilig, i de vorligende Form nöd substanziell uf de Finanzhushalt vo de Stadt Uschter uswürke. Zudem tritts ja früheschtens uf de 1. Januar 2009 in Chraft. Positiv dürftet sich zuekünftig di usserordentlich guete Jahresabschluss zahlreiche Grossfirmene sowie di allgemein gueti Wirtschaftslag uf d'Stürinahme uswürke. Wie scho bereits bi anderer Glägeheit agsproche, werded mer aber i Zuekunft mit dütlich tüfere Grundstückgwünnstürinahme müese rächnen, will bi de Bemässig vo de Stür uf d'Landwert vor 20 Jahr abgestellt wird und die Landpreise nümme vill tüfer sind als di hütige.

Ich chume zu de Investitionsrächnig und -planig uf de Site 14 und fortfolgendi. I dem Zämmehang möcht ich Sie druf hiwiese, dass de ganzi Investitionsplan 2009 bis 2011 vollständig als Ahang euisem Bricht bigheftet isch. Det drususe gsehnd sie i allne Detail, wänn und i was, wievill i de kommende Jahr investiert wird.

Mit rund 110 Millione Franke i de kommende vier Jahr isch's Investitionsvolume für d'Stadt Uschter natürlich üsserscht, ja historisch höch. Es sind im Berich „Infrastruktur und Unterhalt“ rund 43 Millione, bi de „Primarschuel“ guet 38 Millione Franke und im „Betreute Wohne“ guet 20 Millione Franke Investitione planet. Es bliebed also nur no grad rund 9 Millione, uf vier Jahr verteilt, wo i andere Gschäftsfälder, wie Kultur, Liegeschafte, Sicherheit und Sport, chönd igsetzt werde. Mir vom Stadtrat händ ufgrund vo de aktuelle Situation d'Prioritäre bi de Bildig, bi de Infrastrukture und im Betreute Wohne gsetzt, wo sälbverständlich teilwis no dur de Gmeindrat und s'Volk müend unterstützt und verabschiedet werde. Trotz dene höche jährliche Investitions-Tranche vo teilwis dütlich über 30 Millione Franke, isch de Stadtrat de Meinig, dass s'Investitionsvolume nach de schwächere vergangene Jahr, tragbar isch, wänn nöd durend neu Investitionsprojekt derzue chömed. Mir vo de Finanze werded sälbverständlich mit allne euis zur Verfüegig stehende Mittel, au witerhin a finanzpolitisch praktikable Lösige schaffe und versueche, de Finanzhushalt vo de Stadt trotz dene höche Investitione mittelfrischtig wieder usgliche z'gestalte.

Zum Schluss no ganz churz. Mit de erfreuliche Rächnigsabschluss 2005 und 2006 hät di gueti fianzielli Usgangslag vo de Stadt Uschter chöne bibhalte und stabilisiert werde. Das dörf aber nöd drüber hinweg tüsche, dass für d'Finanzplanig Unsicherheitsfaktore, wie bereits vo mir ufzellt, bestönd und sehr höchi Investitione zukünftig müend finanziert werde. Nach wie vor würkt au di höchi Volatilität bi de Inahme us em Stürchraftusgleich, de Stüre us de Vorjahr und de Grundstückgwünnstüre erschwerend bi de Budgetierig mit.

*De Gmeindrat hät uf de Voraschlag 2007 hi de Stürfuess vo 98 uf 95 % gsänkt. Im laufende Rächtnigsjahr erwartet mir en Ufwandüberschuss vo öpe 2 Millione Franke und au de vorligendi Voraschlag 2008 gseht en Ufwandüberschuss vor. Ufgrund aber vo de komfortable Eigenkapitalsituation vo de Stadt Uschter chann us Sicht vom Stadtrat uf e Erhöchig vom Stürfuess im hütige Zitpunkt no verzichtet werde. Mit ere tüfe Stürbelaschtig, als wichtige Faktor für de Erhalt und de gsundi Zuewachs vo Unternähme nach Uschter sowie de Iwohnerinne und Iwohner, söll d'Zuekunft vo de Stadt Uschter aktiv chöne gestaltet werde.*

*Im Sinn aber vo dene vom Stadtrat definierte finanzpolitische Ziel, söll de Iwohnerinne und Iwohner vo Uschter sowie de ortsasässige Unternehme mit emene guete Leischtigsagebot de gröschtmöglichscht Nutze erbracht werde. Mit emene mittelfrischtig usglichene Finanzhushalt söll verhindert werde, dass Laschte vo einere Generation uf die nächschi verschobe werded. Euisse Finanzhushalt isch gägewertig no in ere sehr guete Verfassig. Hebed mer em also Sorg und gönd witerhin sorgfältig mit dene öis avertroute Gälder um!*

*03.12.2007, wo*

**Stefan Lehmann** als Präsident der Rechnungsprüfungskommission würdigt den Voranschlag und gibt eine Zusammenfassung der entsprechenden RPK-Sitzung vom 26. November 2007.

*Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
sehr geehrte Damen und Herren*

*Vor einer Woche hat sich die gesamte RPK für die umfassende Voranschlags-Beratung 2007 der einzelnen Geschäftsfelder getroffen. Finanzvorsteher Heinz Wolfensberger und der neue Finanzchef der Stadt Uster Markus Josi haben uns ausführlich Rede und Antwort gestanden. Der Finanzvorstand orientierte über den harten Budgetprozess, bis der Stadtrat das nun vorliegende Zahlenmaterial verabschiedet hat.*

*Das laufende Jahr 2007 wird aufgrund der aktualisierten Hochrechnung von Hr. Josi mit einem Defizit von CHF 2,0 Mio. abschliessen, was dem budgetierten Ergebnis von - CHF 2,4 Mio. in positivem Sinne nicht ganz entsprechen würde.*

*Aus den Kreisen der RPK wurde das für 2008 erheblich erhöht beantragte Globalkreditvolumen und die Stellenausdehnung um 4 % kritisch hinterfragt. Dies auch im Bewusstsein, dass bei den Tagesstrukturen ein Volksentscheid zugrunde liegt und die SPITEX als wichtige bedarfsorientierte Dienstleistungsanbieterin für die älteren Menschen immer bedeutungsvoller wird und vom Frauenverein die Helferinnen ins Angestelltenverhältnis übernommen werden.*

*Der Novemberbrief enthält dieses Jahr gegenüber dem Budgetbericht vom September 07 einige Veränderungspositionen, welche das erwartete Ergebnis leider nicht begünstigen sondern netto um CHF 530'000.-- auf ein Defizit von CHF 3'165'000.-- verschlechtern. Wie bereits für das laufende Jahr 2007 sind hohe Investitionsvorhaben, für 2008 mit einer Summe von > CHF 30 Mio. geplant, welche die Fremdverschuldung aber trotzdem nicht ansteigen lassen. Im Gegenteil, als positiver Punkt, kann die erneute Darlehens-Rückführung um CHF 6 Mio. auf CHF 44 Mio. festgehalten werden.*

*-> Die unverändert starke Finanzstruktur der Stadt Uster mit > CHF 100 Mio. Eigenkapital und die ZKB-Rating-Einschätzung von AA+ lassen die Verantwortlichen positiv in die kommende Investitionsphase blicken.*

*In der RPK beschränkten sich die detaillierten Diskussionen und Anträge v.a. auf die nachfolgenden Geschäftsfelder, wobei zum Geschäftsfeld Betreutes Wohnen und zum Sport die Stadträtin Esther Rickenbacher und Ernst Brassel anwesend waren.*

- *Steuerung und Führung*
- *Kultur*
- *Sicherheit*
- *Betreutes Wohnen*
- *Sport*
- *Primarschule*

*Den Details will ich nicht vorgreifen.*

*Insgesamt resultierten aus den immer knappen Abstimmungsergebnissen Kürzungen der Globalkredite von total CHF 280'000.--, womit sich der Aufwandüberschuss gegenüber dem Novemberbrief auf CHF 2'884'600.-- reduziert.*

*Bei den Investitionsplänen der Stadt für 2008 mit 36 Projekten resultierten 2 Kürzungen aus der RPK von total CHF 800'000.-- gegenüber dem Novemberbrief; somit CHF 31'924'000.--.*

*Die RPK empfiehlt einstimmig, die Leistungsaufträge mit den Globalkrediten 2008 und einem Aufwandüberschuss von CHF 2'884'600.-- zu genehmigen, sowie die Investitionsplanung mit Vorhaben über CHF 31'924 Mio. abzunehmen.*

*Im Gegensatz zum Vorjahr erfolgte keine Diskussion über den Steuerfuss. Die RPK folgt dem Antrag des Stadtrates einstimmig, den Steuerfuss bei 95 % beizubehalten.*

*Bei den Geschäftsfeldern mit budgetrelevanten Abstimmungsentscheidungen werden die RPK-Vertreter kurz Stellung beziehen. Bei den übrigen Geschäftsfeldern werde ich die Abstimmung der RPK im Gemeinderat bestätigen.*

*Danke für ihre Aufmerksamkeit.*

*Stefan Lehmann*

## **Rolf Denzler**

*Der Gemeinderat wird in der Folge über eine vom Stadtrat sehr vorsichtige Budgetierung beraten. Gemäss Novemberbrief weist der Voranschlag einen Aufwandüberschuss von rund CHF 3,1 Mio. auf.*

*Dieser Aufwandüberschuss muss rein vom Resultat her betrachtet beunruhigen.*

*Einerseits werden auf der Einnahmenseite die Steuereinnahmen mehr als nur zurückhaltend budgetiert. Laut Wirtschaftsprognosen verschiedenster Konjunkturinstitute besteht eine rekordhohe Beschäftigungslage in der Schweiz mit steigendem Beschäftigungsbarometer, blüht die Schweizer Wirtschaft mit voller Kraft und die Wirtschaftsprognosen sind allesamt noch positiv für das nächste Jahr.*

*Andererseits beantragt unsere Exekutive eine Steigerung der Globalkredite um rund CHF 4,0 Mio auf neu rund CHF 85,5 Mio. (rund 5 %) und dies bei grundsätzlich gleicher Leistung. Nur mit dem Bevölkerungswachstum, wie dies von unserer Exekutive immer wieder an anderer Stelle vorgebracht wird, lässt sich das nicht begründen.*

*Ueber diese Tendenz ist die SVP/EDU-Fraktion besorgt. Wir alle müssen auf der Ausgabenseite Disziplin halten und wir dürfen die Zügel nicht schleifen lassen. Es zeigt sich, dass die vergangenen guten Rechnungsabschlüsse Begehrlichkeiten geweckt haben, sprich u.a. luxuriöse Tagesstrukturen, deren Resultate nun Defizite in der laufenden Rechnung auslösen.*

*Wir müssen künftig Zurückhaltung bei neuen Ausgaben walten lassen. Das hätten Sie alle bereits in Vergangenheit machen sollen. Die Ustermer Bevölkerung hat Anrecht auf eine sparsame Ausgabenpolitik.*

*Trotz der Einführung von NPM sind die gemachten Erwartungen in Effizienz und unternehmerisches Handeln in der Verwaltung nicht erfüllt. NPM hat bis heute eine massive Steigerung der Stellen und Kosten gebracht. Die SVP/EDU-Fraktion erwartet mit der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) eine griffigere und effizientere Steuerung und Ausweisung der gestiegenen Kosten.*

*Bezüglich den geplanten Investitionen bestehen unsererseits zum Teil grosse Bedenken. U.a. beispielsweise Investitionen in das Zeughaus ohne Eigentum zu besitzen und ohne Gesamtnutzungskonzept für das Areal führen ins Unermessliche und finanziell ins Desaster. Auch bezüglich des neuen Schulraumes verweigern wir uns einer ungehemmten Planungsinvestition. [Ferner sind Investitionen in Strassen-beruhigungen erst nach Realisierung der für Uster übergeordneten Verkehrskonzeption vorzunehmen.]*

*Die SVP/EDU-Fraktion wird sich in der anschliessenden Beratung des Voranschlages punktuell zu einzelnen Geschäftsfeldern verlauten lassen und entsprechende Anträge stellen.*

3.12.2007

SVP/EDU-Fraktion

Rolf Denzler, Fraktionspräsident

## **Benno Scherrer**

*Die finanzielle Situation der Stadt sieht – trotz stabiler Konjunktur und positiver Aussichten – nicht gut aus.*

*Der Stadtrat hat es versäumt, auf die Steuerfussenkung mit einer Aufwandsminderung zu reagieren.*

*Wir Grünliberalen waren (wie der Stadtrat) vor einem Jahr gegen eine voreilige Senkung des Steuerfusses von 98% auf 95%, wie dies dann aufgrund eines Antrags der SVP knapp zustande gekommen ist. Jene knappe Mehrheit im Gemeinderat verfügt auch im Stadtrat über eine Mehrheit. Dennoch hat es dieser unterlassen auf die Mindereinnahmen mit einer Aufwandsminderung zu reagieren oder dem Parlament geeignete Vorschläge hierzu zu unterbreiten. Stattdessen wurde wie wenn nichts gewesen wäre, unverändert weiter verwaltet und so sieht die laufende Rechnung '07 noch schlechter als das Budget '07 aus.*

*Wir alle wollen tiefe Steuern und eine effiziente Verwaltung, welche die ihr übertragenen Aufgaben zufriedenstellend und möglichst günstig erbringt.*

*Es liegt an der Exekutive, bei rückläufigen Steuererträgen in den eigenen Verwaltungsabteilungen Sparpotenzial zu suchen und dem Parlament Vorschläge zu machen, wie auf die neue finanzielle Situation reagiert werden kann, möglichst ohne die Attraktivität von Uster zu schmälern. Das kann auch heissen, Investitionsvorhaben neu zu priorisieren – oder sogar eine Verzichtsplanung an die Hand zu nehmen.*

*Es liegt aber auch an den Parteien, die sich für die Steuerfussenkung ausgesprochen haben, mit konkreten Vorschlägen in den Rat zu kommen – und nicht neue Ausgaben für höchstens wünschbare Investitionen zu fordern. Wir vermissen diesen Willen ausgerechnet bei der SVP, die beispielsweise erst vor wenigen Wochen eine Überdeckung der Stehrampe im Buchholz forderte - für die sich glücklicherweise keine Mehrheit fand.*

*Es liegt also schliesslich auch am Gemeinderat Nötiges von nur Wünschbarem zu unterscheiden. Wir werden daher verschiedene Kürzungsanträge unterstützen – und bei den Investitionen zurückhaltend sein.*

*Wir erwarten von Stadtrat, dass er mit den gegebenen Mitteln haushälterisch umgeht, das heisst,*

*etwas gegen die Aufwandsteigerung unternimmt. Der Auftrag für den Stadtrat kann nur sein, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren – das heisst ganz salopp, entweder rauf mit den Einnahmen oder runter mit den Ausgaben ...*

*Der budgetierte Aufwand für 2008 konnte zwar im Vergleich zu 2007 kurzfristig stabilisiert werden – aber ein Blick zurück und nach vorn (2004 – 2010 von 165 auf ca. 200 Mio.) zeigt ein dramatisches Bild. Er budgetiert weiterhin rote Zahlen, welche im stadtträtlichen 5-Jahresplan noch drastisch zunehmen werden. Das ist nicht akzeptabel.*

*Zudem beantragt der Stadtrat für 2008 fast 5% mehr Globalkredite*

*Der Stadtrat ist nicht einmal bereit, auf Unnötiges - ich denke da besonders an die 150'000 Franken für die Euro 08 - zu verzichten. Wir vermissen hier den Willen, Gegensteuer zu geben, dass sich die Schere von Einnahmen und Ausgaben nicht weiter öffnet.*

*Die Ausgaben werden steigen – und trotz optimistisch budgetierter Einnahmen wird, das Polster der Stadt bis 2011 weggeschmolzen sein. Das ist nicht, was wir unter nachhaltiger Finanzpolitik verstehen. Unsere Ziele entsprechen im Übrigen den finanzpolitischen Zielen des Stadtrates der sagt: 'Wir wollen gesunde Stadtfinanzen, für uns und unsere Nachkommen.'*

*Das laufende Jahr, das budgetierte kommende Jahr, sowie die Planung der kommenden Jahre machen aus dem stadtträtlichen Ziel eine leere Worthülse ohne Glaubwürdigkeit.*

*Bei der derzeitigen guten Konjunkturlage sollte es der Stadt möglich sein, Vermögen zu bilden. Der Stadtrat schlägt aber genau des Gegenteil vor braucht das Nettovermögen innert fünf Jahren auf."*

*Der Stadtrat rechnet für 2007 mit einem Aufwandüberschuss von 2,3 Mio. und genehmigt einen Aufwandüberschuss von 2,6 Mio. für 2008 in der Planung, der sich im Novemberbrief noch auf 3,164 Mio. verschlechtert!*

*Es darf nicht sein, dass eine Stadt wie Uster schon in guten Zeiten Aufwandüberschüsse schreibt –und damit für schlechte Zeiten nicht gewappnet ist.*

*Wir wollen aber auch kein Steuerfuss-Jojo, sondern einen stabilen und langfristig möglichst tiefen Steuerfuss.*

*Der Steuerfuss soll daher fürs 2008 bei 95% belassen werden - mit dem Auftrag an den Stadtrat durch Sparanstrengungen die Rechnung 2008 deutlich zu verbessern.*

*Gelingt es im 2008 nicht, den Aufwand in den Griff zu kriegen und eine ausgeglichene Finanzplanung anzupeilen, müsste der Steuerfuss konsequenterweise wieder leicht erhöht werden, was wir uns nicht wünschen. Denn wir Grünliberalen streben einen stabilen (möglichst tiefen) Steuerfuss und keine Schulden für unsere Nachkommen an.*

**Reto Dettli** weist darauf hin, dass hier ein unspektakuläres, verkraftbares Budget vorliegt. Die SP-Fraktion macht sich aber Sorgen, weil der Zeitpunkt des Defizits schlecht ist, denn jetzt – in diesen wirtschaftlich guten Zeiten - sollten eigentlich Überschüsse eingefahren werden. Die Sè-Fraktion sagt vorsichtig „Ja“ zu dem vorgelegten Budget.

## **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Das Parlament erhielt einmal mehr ein umfangreiches, detailliertes und aussagekräftiges Budget zeitig zugestellt. Für diese grosse Arbeit sei der Verwaltung wie auch dem Stadtrat herzlich gedankt.*

*Aber die Grünen können sich für dieses Budget nicht wirklich erwärmen. Dabei sind es nicht Einzelbeträge, welche für die Grünen problematisch wären. Vielmehr geht es um die Prämissen, von denen der Stadtrat bei der Budgetierung ausgeht. Diese können die Grünen nicht wirklich gouttieren.*

*Wir sind aber nicht der Meinung, dass grundsätzlich die Aufwandsteigerungen problematisch sind. Auch haben wir nicht den Eindruck, dass in den letzten Jahren ausserordentliche Begehrlichkeiten hätten befriedigt werden müssen. Nein, wir sehen die Probleme vor allem auf der Einnahmenseite.*

*In erster Linie ist für uns weiterhin die Landverkaufspolitik des Stadtrates inakzeptabel. Wie problematisch die Verschönerung unseres Tafelsilbers ist, zeigt vor allem auch die langfristige Betrachtung. In den Jahren 2007 – 2011 sollen der Stadt aus Landverkäufen rund 31 Mio. Fr. zufließen. Unter dem Strich nehmen die Sachwertanlagen in dieser Periode um rund 28 Mio. Fr. ab.*

*Gleichzeitig sind zwischen 2007 bis 2011 Aufwandüberschüsse in der Höhe von insgesamt rund 18 Mio. Fr. absehbar bzw. geplant.*

***Das heisst, Budgetierung und Finanzplan sehen vor, dass wir in den genannten 5 Jahren rund 46 Mio. mehr ausgeben als wir eigentlich im Kässeli haben, und dies alles auf Kosten der nachfolgenden Generationen.***

*Die bürgerlichen Parteien hingegen gaukeln mit ihrer populistischen Steuersenkungspolitik der Ustermer Bevölkerung vor, es sei genügend Geld in der Stadt-Kasse. Tatsache ist aber, dass in den fünf Jahren aus einem Nettovermögen pro Einwohner von rund 2'400.- Fr. eine Nettoschuld von 150.- Fr. wird.*

*Bei gut gehender Wirtschaft wird der Stadt über Steuerfussenkungen also der Geldhahn zugedreht, damit sie sich verschulden muss. Dabei müsste der Steuerfuss so angesetzt sein, dass mittelfristig keine Verminderung des Volksvermögens resultiert. Das würde bedeuten, dass der Steuerfuss in Uster eigentlich mindestens 5%-Punkte höher liegen müsste, wollte die Stadt nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen ihren Verpflichtungen nachkommen.*

*Allfällige Anträge auf Steuerfuss-Senkungen sind deshalb als fahrlässige und kurzsichtige Manöver zu bezeichnen.*

*Die in der Finanzplanung aufgezeigten Perspektiven vermögen die Grünen im Bezug auf Nachhaltigkeit nicht zu überzeugen. Und deshalb mag auch das vorliegenden Budget die Grünen nicht zu befriedigen.*

*Thomas Wüthrich, Gemeinderat, Grüne*

**Stefan Lehmann** ergreift das Wort namens der FDP/CVP-Fraktion.

*Sehr geehrte Damen und Herren*

*Die FDP/CVP-Fraktion hat bereits bei der Presse-Präsentation des kommenden Budgets 2008 im letzten September ihre Unzufriedenheit bekannt gegeben. Der Stadtrat hat es trotz intensiver eigener Beratungen verpasst, uns Gemeinderäten heute bei einem Gesamt-Volumen von rund CHF 190 Mio. einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren.*

*Die Personalkosten nehmen aufgrund der erhöhten Stellenanzahl sowie aufgrund der Teuerungs- und Stufenanstiegsquoten zu, zusätzliche Abschreibungen wie dieses Jahr können wir nicht mehr einsetzen. Da die Stellenausdehnung kein Bestandteil des Gemeinderatsbeschlusses ist, kann diese Entwicklung nur mit einer Anpassung der Leistungen im Geschäftsfeld überprüft werden. An diesem*

*Punkt bin ich bei der Kontrolle immer wieder gescheitert, weil ich teilweise vergeblich nach mehr oder erhöhten Leistungsindikatoren Ausschau gehalten habe.*

*-> Ich frage mich, wie sieht dies aus, wenn die Steuererträge nicht mehr im Ueberfluss eingehen?*

*In der Investitionsplanung machen wir insgesamt 36 Projekte aus, welche 2008 über die Bühne gehen und bezahlt werden sollten. Während die Grossprojekte bewilligt und im Bau sind, glauben wir, dass die Anzahl der kleinen Investitionen und Sanierungen das zuständige Personal wie bereits im laufenden Jahr fordern wird.*

*Die FDP/CVP-Fraktion sagt aber mit Knurren JA zum Budget und zum gleichbleibenden Steuerfuss von 95 %.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Es folgt die Detailberatung nach Geschäftsfeldern.**

#### **4.1 GF Steuerung und Führung**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Werner Egli**.

##### ***GF Steuerung und Führung (Seiten B1-B6)***

*Eine Besprechung dieses Geschäftsfeldes fand am 2.11.2007 mit den Herren M. Bornhauser, Hansjörg Baumberger und Jörg Schweiter statt. Von Seiten des Gemeinderates resp. der Sachkommission waren Beat Roos und Werner Egli anwesend.*

*An dieser Stelle sei insbesondere dem Stadtschreiber Hansjörg Baumberger für seine zusätzlichen Berechnungen zum Globalkredit dieses Geschäftsfeldes gedankt.*

##### ***Leistungsauftrag 2008-2011***

###### ***Wirkungs- und Leistungsziele***

*Diese Ziele auf Seite B1 bis B2 entsprechen weitgehend denjenigen des Vorjahres d.h. Leistungsaufträge 2007-2010. Eine Aenderung wurde im Bereich HRM/Personaldienst vollzogen, indem als neues Ziel „die regelmässige Schulung des Personals mit Kundenkontakt“ festgelegt wurde. Zudem wurden zwei Massnahmen aus den strategischen Zielen gekennzeichnet. Die Leistungen auf Seite B2 entsprechen genau den gleichen wie sie im Budgetprozess 2007 festgelegt worden sind.*

*Der Leistungsauftrag ist somit praktisch identisch mit dem Vorjahr und berücksichtigt neu einen Planungshorizont bis 2011.*

##### ***Globalbudget 2008***

###### ***Indikatoren:***

*Bei den Indikatoren auf Seite B2 wurden ebenfalls nur geringfügige Anpassungen gegenüber dem Vorjahr vorgenommen.*

###### ***Finanzen:***

*Auf Seite B3 ist der Titel „Finanzen“ durch „GF Steuerung und Führung- Globalkredit“ zu ersetzen. Der Globalkredit 2008 soll um Fr. 608'000 von Fr. 3'028k Soll 2007 auf Fr. 3'636 Soll 2008 ansteigen. Hier werden als Gründe für die Erhöhung vor allem Massnahmen bei der Öffentlichkeitsarbeit angegeben. So werden diverse einmalige Projekte wie Euro 08, Empfang Kantonsratspräsidentin Thalmann und der Neujahrsanlass erwähnt. Weitere Abweichungsbegründungen sind auf der Seite B3 unten ersichtlich.*

*Erfragt wurden die jährlichen Inseratekosten für amtliche Publikationen, welche provisorisch mit Fr. 40'000 beziffert wurden. Im weiteren interessierten die jährlichen externen Beratungskosten. Diese wurden mit rund Fr. 170'000 für das Budgetjahr 2008 eingesetzt.*

###### ***Personal:***

*Auf Seite B4 ist erkennbar, dass das Soll 2008 gegenüber dem Vorjahr von 10.55 Stellen auf neu 11.05 Stellen anwachsen soll. Es handelt sich hier um die Austockung der Leitung HRM/Personaldienst, welche kostenmässig rund Fr. 70'000 betragen wird.*

###### ***Kennzahlen:***

*Das Fehlen der Kennzahlen wurde bemängelt. Einsetzbar ist nun die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze mit 28/50 für HR 2007 und 28/50 für das Soll 2008.*

*Die Leistungsgruppe „Wirtschaftsförderung“ wurde gemäss Seite A3 neu erarbeitet und es wurde ein geänderter Leistungsauftrag 2008-2011 präsentiert. Dieser wurde in seiner Art und Wirkungsabsicht vom Sprechenden bemängelt und es wurde empfohlen, im Frühjahr 2008 nochmals bezüglich dieser*

*Leistungsgruppe zu beraten. Die auf Seite B-5 und B-6 aufgeführten Informationen können nicht als hilfreiche Steuerungs- und Führungsinstrumente des Gemeinderates bezeichnet werden.*

*An seiner Sitzung vom 19. November hat die Sachkommission Kös den Leistungsauftrag 2008 bis 2011 und das Globalbudget 2008 mit einem Globalkredit von Fr. 3'636'000 mit 7 : 1 Stimmen genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat ebenfalls die Zustimmung zu erteilen.*

*Uster, 1.12.2007/we*

*Werner Egli und Beat Roos*

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Rolf Graf** das Resultat bekannt. Er erwähnt keine Ergänzungen, das Geschäftsfeld ist mit 6 : 3 angenommen worden.

**Benno Scherrer** beantragt eine Kürzung des Postens EURO 2008 von Fr. 150'000. Er führt aus, dass spontane Feiern zustande kommen bei der Bevölkerung wie an der WM letztes Jahr. Bei der Finanzlage von Uster ist das zuviel und wenn man mit der Stadt Winterthur vergleicht: dort wurde die Bevölkerung zu dem Anlass befragt und eine organisiertes Fest wird nicht gewünscht.

**Rolf Graf** ergreift nochmals das Wort und revidiert seine Aussage von vorhin. Der entsprechende Kürzungsantrag wurde in der RPK mit 6 : 3 Stimmen abgelehnt, das Geschäftsfeld als solches mit 6 : 3 Stimmen genehmigt.

**Werner Egli** stellt einen Antrag zur Reduktion des Globalkredites 2008:

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren*

*Wenn wir heute einen Antrag zur Reduktion des Globalkredites beim GF Steuerung und Führung stellen, dann hat dies verschiedene Gründe:*

*NPM sagt aus, dass die Verwaltung mittels Leistungs- und Wirkungsvorgaben umfassender gesteuert werden kann als mit der blossen Verteilung von Geldern. Es ist je gemäss den Lehrschriften die wohl entscheidende Innovation bei der wirkungsorientierten Verwaltung, dass „**die Steuerung über Leistungs- und Wirkungsziele erfolgt**“.*

*Beim GF Steuerung + Führung steigt nun der Globalkredit Soll 2006 von Fr. 2790k auf Soll 2008 von Fr. 3'630k an. Eine Steigerung von 850'000 Franken oder 30,5% innerhalb von 2 Jahren. Alleine der wichtige Vergleich vom Soll 2007 auf Soll 2008 macht 608'000 Franken aus. Dies sind über 20% Steigerung in einem Jahr! Dieses Geschäftsfeld gehört bei den summenmässigen Veränderungen der Ausgaben zu den absoluten Spitzenreitern. Leider zahlenmässig im negativen Sinne.*

*Betrachten wir nun den Leistungsauftrag 2008-2011 dieses Geschäftsfeldes, so stellen wir fest, dass er praktisch identisch mit dem Leistungsauftrag 2007-2010 vom Vorjahr ist. Es werden also trotz einer massiven Erhöhung der Mittel keine neuen Leistungen definiert oder zumindest ergänzt resp. erweitert.*

*Nachdem gerade das Controlling in diesem Geschäftsfeld angesiedelt ist, müsste es doch in diesem GF wirklich NPM-mässig zu und her gehen. Jedoch weit gefehlt. Mit dem gleichen Muster vom Vorjahr sollen einfach 20% mehr Gelder bewilligt werden.*

*Jedem Globalbudget muss eine verbindliche Leistungsbeschreibung gegenüberstehen. Sie muss die geplanten Leistungen, deren Menge und deren Qualität sowie die dafür massgeblichen Indikatoren nennen. Diese Angaben fehlen hier weitgehend.*

***Wir beantragen eine Kürzung des Globalkredites um Fr. 150'000.-, d.h.. Reduktion von Fr. 3'636k auf neu Fr. 3'486k.*** *Diese Reduktion erfolgt als Zeichen für die anderen Geschäftsfelder, dass eine Erhöhung der Globalkredite auch eine entsprechende Veränderung der Wirkungs- und Leistungsziele, zumindest der Leistungen zur Folge haben muss. Zudem muss auch deutlich erwähnt werden, dass jährliche Abweichungen von über 20% **nicht** goutiert werden. Wenn schon neue Mittel – dann auch mit entsprechende neuen und tragfähigen Zielen und nicht einfach mittels Abschrift der Angaben vom letzten Jahr. Das ist eindeutig zuwenig für solche globalen und vorallem massiven Krediterhöhungen.*

*SVP/EDU Fraktion Uster  
Uster, 3.12.2007/we*

*Werner Egli, Gemeinderat SVP*

## **Rolf Graf**

*Referat SP Fraktion zu Kürzungsantrag*

*Bereits in der KÖS Sitzung stand eine Kürzung des Globalkredits zur Diskussion. Bereits damals haben der Stadtpräsident und der Stadtschreiber klar signalisiert, dass im Alltags-Geschäft des Geschäftsfeldes keine finanzielle Luft mehr sei, und dass eine allfällige Kürzung klar zu Lasten der ausserordentlichen Ereignisse wie „Euro 08“ oder „Empfang Thalman“ gehen würde. Es ist auch ausdrücklich erwähnt worden, dass im Voranschlag 07 keine ausserordentlichen Ereignisse enthalten gewesen seien, und somit auch nichts wegfallen könne. Da Herr Baumberger diese Unterlagen nicht gerade zur Hand hatte, stellte er sie uns per mail in Aussicht.*

*Nach der Diskussion wurde der Kürzungsantrag von den vom Stadtschreiber nachgereichten Unterlagen abhängig gemacht. Je nachdem wie diese Aussehen würden, würde der Kürzungsantrag halt heute gestellt werden.*

*Nachdem die nachgereichten Unterlagen die Aussage des Stadtschreibers bestätig haben sehe ich eigentlich keinen Grund mehr, wieso der Antrag gleichwohl noch gestellt wird.*

*Er ist nun aber einmal gestellt und die SP Fraktion möchte Ihnen beliebt machen, diesem nicht zuzustimmen.*

*Es ist nun einmal so, dass die Euro 08 in dem Jahr stattfindet, in dem auch Frau Thalman zur Kantonsratspräsidentin gewählt wird. Dafür kann aber weder die UEFA noch der Kantonsrat wirklich etwas. Und wir fragen uns, wie Sie den Ustermerbevölkerung erklären wollen, dass Sie für das EURO 08 Feeling halt nach Zürich gehen müssen, und den Vereinen, dass sie halt jetzt keine Möglichkeit haben werden, sich einen Batzen für die Vereinkasse zu verdienen. Ganz zu schweigen von der kantonsweiten Plamage, wenn die dritt grösste Stadt des Kantons ihre Kantonsratspräsidentin nicht Empfangen kann.*

*Und – auch wenn es bei Ihnen Trotzreaktionen auslöst könnte – ich kann es mir nicht verkneifen. Einen solchen Reneméeschaden können sie mit keiner Steuerfussenkung mehr wettmachen. Diese Veranstaltungen sind die weichen Standortfaktoren, von denen wir immer wieder sprechen.*

*Die SP Fraktion bittet Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen, und damit Uster diese Plamage zu ersparen.*

Es stehen zwei Kürzungsanträge im Raum. Der Vorsitzende fragt, ob beide aufrecht erhalten werden. Benno Scherrer zieht seinen Kürzungsantrag zugunsten des Antrages der SVP-/EDU-Fraktion zurück.

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** führt aus, man solle bitte nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Ausgaben in dem Geschäftsfeld sind genau gleich geblieben obwohl die Einwohnerzahl gestiegen ist. Aber es sind nächstes Jahr „bewegliche Projekte“ geplant wie die EURO 2008 oder den Empfang der Kantonsrätin Thalmann, aber auch den Neujahrsapero. Es geht doch darum, die Gemeinschaft zu pflegen und darum ein Fest zu veranstalten. Abgesehen davon würde es die Stadt Fr. 25'000 Konventionalstrafe kosten, wenn der Vertrag mit dem Veranstalter Alpha-Team gebrochen würde.

**Werner Egli** erinnert daran, dass 30 % Mehrkosten im Vergleich zum Vorjahr zu Buche stehen. Man will seitens der SVP-/EDU-Fraktion nicht in die Details gehen, schliesslich wird nach NPM gehandelt. Übrigens hätten andere interessierte Veranstalter nichts gekostet schon im Vorfeld.

**Stefan Feldmann** meint, dass bei einem Kürzungsantrag die Exekutive aufzeigen muss, wo gekürzt werden kann. Es wäre schade und eine Blamage für die Stadt, würden die Festivitäten für die EURO gestrichen werden.

**Marianne Siegrist** votiert namens der FDP-/CVP-Fraktion. Diese stimmt für die Kürzung des Globalkredits um Fr. 150'000. Die Einsparungen müssen nicht an der EURO getätigt werden, aber verteilt machbar sein.

**Thomas Wüthrich** kritisiert die Haltung, sich hinter dem NPM-Gedanken zu verschanzen und dann doch nicht auf die EURO verzichten zu wollen. So geht es nicht. Die Grünen lehnen den Antrag klar ab.

**Christian Wüthrich** führt aus, dass die Mehrkosten im HRM-Bereich nachvollziehbar sind, die Öffentlichkeitsarbeit durch mehr Einwohner ist auch klar, beim Controlling durch die Wünsche des Gemeinderates auch... Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

**Benno Scherrer** befürchtet, dass er da etwas losgetrampt hat. Die EURO 08 wird aus seiner Sicht übergewichtet. Es gibt in Uster viele Leute, auch Steuerzahler, die kein Fest wollen. Wer weiss denn schon noch, wo die letzten vier EM's ausgetragen wurden.

**Werner Egli** nimmt Stellung zu Christian Wüthrich's Votum und meint, in den Fr. 517'000, Sammelkosten Geschäftsfeld, ist die Sache verpackt!

**Stefan Feldmann** antwortet auf Benno Scherrer und zählt die Austragungsorte auf. Die Kürzung würde eine Chance bedeuten: Das Gewerbe soll doch den Empfang der Kantonsrätin Thalmann sponsern!

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** meint, die Wirkung einer Kürzung ist doch nur Geld sparen. Aber ich möchte eine attraktive Stadt und damit Wirkung erzielen. Ich möchte nicht, dass eine Grossbank das Public Viewing macht.

**Werner Kessler** fragt, ob Werbung überhaupt erlaubt ist an der EURO. Das organisiert alles der Veranstalter Alpha Team, so Stadtpräsident Martin Bornhauser.

**Abstimmung über den Kürzungsantrag**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 18 : 16 Stimmen**

**den Kürzungsantrag anzunehmen. Der Globalkredit des GF Steuerung und Führung wird um Fr. 150'000.- gekürzt.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 19 : 15 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Steuerung und Führung mit der vorgeschlagenen Kürzung zu genehmigen.**

## 4.2 GF Bürger- und Parlamentsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Beat Roos**.

### **GF Bürger- und Parlamentsdienste**

#### **Seite B-8: Globalkredit**

*Im Total ist zwischen dem Soll 07 und dem Soll 08 eine Erhöhung von Fr. 253'000.— festzustellen. Die Mehrkosten erklären sich durch die Wiederbesetzung der bewilligten Stellen und des Umbaus des Betriebsamtes. Zusätzlich wurden 2 weitere Tageskarten gekauft und die Rückerstattungen „Wahlen“ von anderen Gemeinden sind auch weggefallen.*

#### **Seite B-9: LG Parlamentsdienste und Bürgerrecht**

##### **Leistungsauftrag/Wirkungs- und Leistungsziele**

Bei den **Einbürgerungen** wird folgender **Ergänzungsantrag** gestellt:

- *Dossiers aktuell (max. 15 Monate), vollständig, einheitlich, übersichtlich führen.*

##### **Globalbudget 2006/Indikatoren**

Bei der **Bezeichnung und beim Soll 08** wird folgender **Ergänzungsantrag** gestellt:

- *Vollständigkeit der Dossiers*                      *Soll 100 %*

*Diese zwei Anträge werden mit 8 .0 angenommen.*

#### **Seite B-11 LG Wahlen und Abstimmungen**

##### **Globalbudget/Finanzen & Personal**

*Vergleicht man den VA 2006 mit Fr. 243'000.—und dem Ist 2006 mit 346'000.-- = Fr. 103'000.—Differenz erklärt sich, dass für die Durchführung der kommunalen Erneuerungswahlen die anfallenden Kosten unterschätzt wurden. Insbesondere der Personalaufwand (Entschädigung Wahlbüro und Mitarbeitende der Stadtverw.) fiel höher aus. Ins Gewicht gefallen sind auch noch der 2. Wahlgang Stadtpräsident und die Nachzählung.*

*Aufgrund der Ist-Zahlen 06 sowie der HR-Zahlen 07 lässt sich sagen, dass ein grosses Wahljahr die Stadt Uster durchschnittlich 320'000.—bis 340'000.—kostet.*

#### **Seite B-12: LG Info Uster**

##### **Einleitung**

*Man stellt sich hier die Frage warum der im Zwischenbericht vom Juni 07 formulierte Ausbau des Dienstleistungsangebotes auf 2009 verschoben wird. Der Grund dafür ist der erweiterte Ausbau des Dienstleistungsangebotes, damit die Kunden vermehrt Produkte der Verwaltung beziehen können. Da dies aber mit zusätzlichem Personalaufwand verbunden ist, wurde diese Massnahme aus Kostengründen*

auf 2009 verschoben.

**Seite B-13:** LG Friedensrichter

### **Globalbudget/Finanzen & Personal**

Die 40 % Stelle Sekretariat war stets im Stellenplan bewilligt und wurde jetzt im VA 08 aufgenommen. Der Friedensrichterverband des Kt. ZH gibt die Grenze zu einer Vollstelle bei 200 Fällen an. Bei der aktuellen Anzahl Sühneverfahren (250) sind somit die derzeitigen 1.2 Stellenprozente ausgewiesen. Bis dato konnten die Fälle ohne Sekretariat erledigt werden. Gemäss Aussagen FR ist die „Schmerzgrenze“ aufgrund steigender Fallzahlen erreicht. Deshalb beibehalten 40 % Sekretariat für VA 08.

### **Kennzahlen/Sühneverfahren**

Die Anzahl Weisungen an andere Amtsstellen wird vom Soll 07 auf Soll 08 um 25 Fälle erhöht, da die Parteien immer weniger vergleichsbereit sind. Die Prognose über Fallzahlen ist sehr schwierig. Aktuell sind durch den Friedensrichter 250 Sühneverfahren abgeschlossen worden. Die HR 07 wird deshalb vermutlich leicht übertroffen werden. Der ZH-FR-Verband rechnet, dass pro 100 Einwohner 1 Fall zu bearbeiten sei. Das wären für Uster sogar 310 Fälle.

**Seite B-14** LG Stadtammann- und Betreibungsamt

### **Einleitung**

Es fällt auf, dass die Überschuldung der 18 – 25 Jährigen ansteigend ist. Um diesen Trend zu überwachen, empfiehlt die Subkommission folgende **Ergänzung** bei den **Kennzahlen**: Anzahl Betreibungen an 18 – 25 Jährige

### **Kennzahlen/Betreibungsamt**

Unter „Verwertungen“ versteht man Lohnpfändungen, Liegenschaftenverwertungen und Sachpfändungen.

Der Rechtsvorschlag ist für das Amt ein Mehraufwand und würde eine Aussage über die Arbeitsbelastung machen.

Die Subkommission empfiehlt deshalb folgende **Ergänzung** bei den **Kennzahlen**: Anzahl Rechtsvorschläge

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) hat den Leistungsauftrag 2008 – 2011 und das Globalbudget 2008 des GF Bürger- und Parlamentsdienste unter Berücksichtigung der Änderungsanträge und Empfehlungen, sowie den Saldo des Globalkredits von Fr. 1'306'000.-- einstimmig mit 8 : 0 Stimmen angenommen.

Auch die RPK nimmt die Änderungen und Empfehlungen zur Kenntnis und stimmt dem Geschäftsfeld zu.

Beat Roos  
Uster, 29.11.07/br

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Rolf Graf** das Resultat bekannt. Der gleiche Entscheid ist in der RPK gefallen.

**Cla Reto Famos** stellt einen Präziserungsantrag.

*Nachfolgend mein Antrag zur Präzisierung des Antrages, welcher in der KÖS zu den Wirkungs- und Leistungszielen (B9) eingereicht wurde.*

Antrag KÖS: *Dossier aktuell (max. 15 Mte.), vollständig, einheitlich und übersichtlich geführt.*

Meine Präzisierung:

***Dossier vollständig, einheitlich und übersichtlich geführt. Aktualität der Dokumente zum Zeitpunkt der stadträtlichen Vorsprache: Von der Stadt Uster eingeforderte Dokumente max. 4 Monate, vom Kanton Zürich eingeforderter Betreuungsauszug und Strafregisterauszug max. 15 Monate alt.***

*Diese Formulierung wurde mit Herr Schweizer abgesprochen.*

#### **Abstimmung über den Abänderungsantrag**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Antrag anzunehmen.**

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Bürger- und Parlamentsdienste (mit den vorgeschlagenen Änderungen) zu genehmigen.**

### 4.3 GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur und RPK referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrter Präsident*

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

*Das Geschäftsfeld Kultur legt uns ein Budget 2008 vor, das rund Fr. 220'000.— höhere Ausgaben gegenüber dem Budget 2007 vorsieht. Allerdings, und das geht auch aus dem Novemberbrief hervor, hat der Stadtrat die Stelle eines Jugendbeauftragten vorerst auf Eis gelegt; diese Kosten werden also im 2008 nicht anfallen. Das Budget reduziert sich deshalb um ca. Fr. 115'000.— und beträgt noch 3.052 Mio. und ist damit noch rund Fr. 120'000 höher als das Budget 2007. Allerdings betragen allein schon die höheren Kosten für die vom Parlament bewilligte Ausweitung der Bibliothek mehr als Fr. 120'000.— pro Jahr. Es wurde also an anderen Orten der Rotstift angesetzt.*

*Die wichtigsten Punkte:*

- *Qbus: Der Mietvertrag konnte in der Zwischenzeit bis März 2009 verlängert werden. Ebenso hat die Eigentümerin das Interesse bekundet, den Qbus auch bei einer zukünftigen Überbauung stehen zu lassen, was wohl für die Stadt die beste Lösung wäre. Allerdings wären mit der Zeit höhere Mietzinsen zu bezahlen.*
- *Ein Gebäude im Zeughausareal mit rund 5000 m2 Nutzfläche steht der Kultur zur Verfügung. Das Gebäude ist zwar gemäss ersten Aussagen von Architekten sehr massiv gebaut, hat aber weder Wasser- noch Abwasseranschlüsse, ist nicht isoliert und hat von Lärmschutzmassnahmen noch nie etwas gehört. Der Stadtrat hat im Budget Fr. 500'000.— für diese Massnahmen eingesetzt. Entschieden ist aber noch nichts. Je nach dem, ob die Sanierung in Etappen oder ein in einem Mal erfolgen soll, wird das Parlament wieder davon hören. Da man damit rechnet, dass in rund 7 – 10 Jahren neue Gebäude auf diesem Gelände erstellt werden, lohnt sich diese Investition auch.*
- *Die Verhandlungen mit der Armasuisse sind soweit gediehen, dass die Stadt Uster eine Offerte erhalten hat. Der Stadtrat möchte dieses Gelände so schnell als möglich kaufen.*
- *Für die Zwischennutzung des Kultur-Gebäudes konnte ein Betreiber gefunden werden. Mit diesem wurde ein Leistungskontrakt vereinbart. Ein provisorischer Betrieb ist eingerichtet. Bereits wurden auch erste Räume an verschiedene Bands (als Übungsräume) und das neue Druckereimuseum Graphos vermietet.*
- *Das Stadtarchiv leidet unter Platzmangel. Bereits mussten gewisse Teile ausquartiert werden. Hier drängt sich mittelfristig eine neue Lösung auf. In der langfristigen Investitionsplanung ist deshalb ein Betrag eingesetzt worden.*
- *Villa am Aabach: Der Konzeptwettbewerb und Auftrag für Führung und Betrieb der „Villa am Aabach – Haus der Kunst“ in Uster ist lanciert. Bereits haben sich 25 Interessenten gemeldet. Diese hatten bis am 30. November Zeit, ein Konzept einzureichen. Unter diesen wird dann die Fach- und Sachjury den zukünftigen Betreiber auswählen. Die eingestellten Fr. 300'000.— pro Jahren setzen sich aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 250'000.— pro Jahr (für den Betrieb) und den (intern verrechneten) Miet- und Heizkosten von ca. Fr. 50'000.— pro Jahr zusammen.*
- *Mit der Stadt- und Regionalbibliothek haben wir uns im letzten halben Jahr intensiv auseinandergesetzt. Die Bibliothek wird von Januar bis Ostern geschlossen sein und in dieser Zeit umgebaut werden. Die Wiedereröffnung ist auf Oster-Dienstag 2008 vorgesehen. Der Medienbestand wird sukzessive erhöht. Angestrebtes Ziel in ca. 8 Jahren ist eine Ausweitung um ca. 40 – 50 % (gegenüber dem heutigen Bestand).*

*Die KBK hat das Budget GF Kultur an der Sitzung vom 19.11.07 beraten und empfiehlt dem Gemeinderat, dieses anzunehmen - mit einem Stimmenverhältnis von 5 : 3*

*Walter Meier / Ruedi Gysi*

*Ergänzungen aus der RPK-Sitzung vom 26. November 2007. In der RPK wurden vier Anträge gestellt:*

- 1. Gemäss Novemberbrief hat der Stadtrat die Stelle des Jugendbeauftragten vorläufig auf Eis gelegt. Der Stadtrat möchte zuerst die Jugendkommission einsetzen und erste Ergebnisse abwarten, bevor eine Stelle geschaffen werden soll. In der RPK wurde argumentiert, dass diese Jugendkommission zuerst einmal Grundlagenarbeit erbringen müsse, sofern die Fragen, welche Julia Amherd aufgeworfen hat, überhaupt beantwortet werden wollen. Diese Grundlagenarbeit wird eine ehrenamtlich tätige Jugendkommission nicht erbringen können, da müsste Manpower oder Frauenpower eingesetzt werden. Also: die Stelle des Jugendbeauftragten jetzt schaffen – allenfalls befristet. Der Antrag, die Stelle des Jugendbeauftragten, wieder ins Budget aufzunehmen wurde von der RPK mit 5 : 4 Stimmen abgelehnt. Ein solcher Antrag wird demnach von der RPK nicht gestellt.*
- 2. Wie bereits oben ausgeführt, soll die Villa am Aabach in Zukunft von einem Betreiber geführt werden, welcher mit einem Betriebsbeitrag von Fr. 250'000.— pro Jahr entschädigt wird. Voraussichtlich wird dieser Betreiber (oder eine Betreiberin) erst auf 1. Juli 2007 die Villa übernehmen, da bis zu diesem Zeitpunkt die Wohnung in der Villa bewohnt ist. Der Kulturbeauftragte hat im Auftrag des Stadtrates die bisherigen Mitarbeiterinnen (ohne Frau Höfliger) dazu gewinnen können, eine Übergangslösung für das erste halbe Jahr 2008 anzubieten. Es ist abzusehen, dass diese Übergangslösung vermutlich nicht so viel kosten wird wie die Hälfte des zukünftigen Betriebsbeitrags. Aus diesem Grund wurde in der RPK der Antrag gestellt, den Betriebsbeitrag für das erste halbe Jahr von Fr. 125'000.— auf Fr. 25'000.— zu kürzen, also um Fr. 100'000.—. Die RPK hat diesen Antrag mit 5 : 4 Stimmen angenommen und beantragt, dem Gemeinderat, diesen Antrag anzunehmen.*
- 3. Im Zusammenhang mit der Villa am Aabach wurde in der RPK auch der Antrag gestellt, die Wirkungs- und Leistungsziele anzupassen resp. den 4. Punkt der neuen Ziele zu streichen. Dieser Antrag wurde jedoch mit 6 : 3 Stimmen abgelehnt.*
- 4. Wie oben ausgeführt, sind „minimale“ Investitionen im Haus „K“ im Zeughausareal nötig, damit dieses als Kulturhaus betrieben werden kann. Der Stadtrat hat im Investitionsplan 2008 deshalb Fr. 500'000.— eingestellt, ohne einen Kostenvoranschlag dafür zu haben. Der Stadtrat hat angetönt, dem Gemeinderat so schnell als möglich, eine konkrete Vorlage zu unterbreiten. In der KBK wurde von Hr. Hüsler (Betreiber) angetönt, dass erste Kostenschätzungen rund Fr. 400'000.— für Wasser/Abwasser und Strom betragen würden. In der RPK wurde gesagt, dass an der Orientierung vom 23. 11. 07 ein Kostenrahmen von rund Fr. 325'000.— erwähnt wurde – mit diesem Betrag könnten Wasser/Abwasser, Strom und minimale Isolation abgedeckt werden. Aufgrund von diesen Zahlen wurde in der RPK der Antrag gestellt, in der Investitionsplanung 2008 im GF Kultur den Betrag für das Zeughausareal um Fr. 200'000.— auf Fr. 300'00.— zu reduzieren. Damit würden in der laufenden Rechnung die Abschreibungen um Fr. 20'000.— kleiner, das heisst der Globalkredit im GF Kultur nähme um Fr. 20'000.— ab. Dieser Antrag wurde 5 : 4 Stimmen angenommen; das heisst, dass die RPK dem Gemeinderat diese Kürzung empfiehlt.*

Walter Meier

**Robert Alge** stellt die folgenden Anträge namens der SVP-/EDU-Fraktion:

Antrag 1: *Auf Seite B-24, Wirkungs- und Leistungsziele, Neue Villa am Aabach: Streichung des Satzes „Die Neue Villa am Aabach ist mit dem neuen Konzept bestrebt, die künstlerische Substanz der über Jahre hinweg aufgebauten Marke VILLA für künstlerisch hochwertige Ausstellungen und Veranstaltungen zu erhalten.“*

Antrag 2: *Auf Seite B-25, Finanzen & Personal: Kürzung des Betrages Villa am Aabach von Fr. 300'000.- auf Fr. 200'000.-*

**Daniel Hunziker** stellt namens der EVP-/GLP-Fraktion den

Antrag *Auf Seite B-25, Finanzen & Personal: Aufstockung des Betrages Villa am Aabach von Fr. 300'000.- auf Fr. 350'000.-*

**Marianne Siegrist:**

***Gegenantrag Villa am Aabach, Globalbudget***

*Im Namen der FDP/CVP Fraktion stelle ich den Antrag, den Globalkredit der Villa am Aabach nicht um 100'000 sondern lediglich um 50'000 zu kürzen.*

*Das heisst, der Globalkredit der Leistungsgruppe kunst.kultur reduziert sich von Fr. 386'000 auf Fr. 336'000.*

*Begründung:*

*Die neue Leitung der Villa erhält gemäss Wettbewerbausschreibung Fr. 250'000 jährlich. Dies bedeutet einen ungefähren Aufwand für das Jahr 2008 von Fr. 125'000, weil der Stellenantritt der neuen Leitung wohl frühestens im Sommer möglich ist.*

*Hinzu kommen die Mietkosten von Fr. 50'000 . = gesamthaft 175'000.*

*Wir unterstützen die Idee der Zwischennutzung bis zum Stellenantritt der neuen Leitung sehr. Fr. 25'000 sind aber klar zu wenig, um ein halbes Jahr Ausstellungen in der Villa anzubieten.*

*Wir bitten Sie deshalb, unseren Antrag, die Aufwendungen für die Villa nicht um Fr. 100'000 sondern lediglich um Fr. 50'000 zu kürzen, zu unterstützen.*

*Marianne Siegrist FDP/CVP Fraktion*

**Regula Trüeb**

***SP-Fraktionsmeinung zur Neuen Villa am Aabach***

*Die SP-Fraktion ist gegen eine Streichung des 4. Punktes der Leistungsziele bei der Neuen Villa am Aabach Und dies aus folgenden Gründen.*

*Die SP unterstützt die inhaltliche Stossrichtung der Konzeptgruppe, die sich seit der Abstimmungsniederlage vor einem Jahr mit der Neuausrichtung der Villa am Aabach beschäftigt. In dieser Arbeitsgruppe sind neben Fachleuten aus der Kunst mit Elsbeth Hürlimann, Marianne Siegrist und Reto Dettli die drei grossen Parteien von Uster vertreten. Das sind gleichzeitig auch Befürwortende und GegnerInnen der alten Villa am Aabach. Die Konzeptgruppe und der Stadtrat*

*schlagen in den neuen Leistungszielen vor, dass in der Neuen Villa am Aabach ein Treffpunkt für Kunstschaffende und Kunstinteressierte geschaffen wird, der vermehrt die lokale Bevölkerung und breitere Schichten anspricht. Die Neue Villa soll zudem einen Gönnerverein erhalten und an seinem Gastroangebot festhalten. Diese Leistungsziele sind offenbar unbestritten. Doch wenn es um die künstlerische Substanz und Qualität geht, scheiden sich die politischen Geister. Der SP-Fraktion ist es wichtig, dass in der Kultur allgemein und spezifisch in der Neuen Villa Qualität angestrebt wird. Es ist auch für Uster als Standort wichtig, dass die Marke VILLA, die in den letzten Jahren unbestritten ein überregionales Echo gehabt hat, erhalten wird. Zudem ist es unsinnig, ein Leistungsziel zu streichen, in dem eine künstlerische Substanz d.h. Qualität angestrebt wird. Eine Streichung würde bedeuten, dass die Stadt eine Neue Villa unterstützen will, in der Qualität nicht gefragt ist. Doch dafür braucht ja keine Neue Villa, keine Konzeptgruppe, keine städtische Kulturförderung, keine städtischen Beiträge. Da reichen ein Hobbykunstschaffende und Privatinitiative. Doch über den Geschmack, und vor allem den Geschmack in der Kunst, lässt sich ja bekanntlich nicht streiten, und darum komme ich zum Fazit.*

*Die SP-Fraktion lehnt die Streichung des 4. Leistungszieles ab, weil sie weiterhin an einer künstlerischer Qualität in der Neuen Villa am Aabach interessiert ist.*

***SP-Fraktionsmeinung zur Kürzung von Villa am Aabach Finanzen & Personal von Fr. 300'000 auf Fr. 200'000.-***

*Die SP-Fraktion lehnt den Kürzungsantrag der RPK und der SVP um Fr. 100'00.- ab. Und dies aus folgenden Gründen:*

*Das GF Kultur in Zusammenarbeit einer Konzeptgruppe hat sich im vergangenen Jahr intensiv mit der Neuaufrichtung der Villa am Aabach beschäftigt. Eine Ideensammlung ist initiiert und ein Konzeptwettbewerb ausgeschrieben worden. Im Moment ist eine Fach- und eine Sachjury daran, das zukünftige Konzept für die Neue Villa auszuwählen. In der Sachjury sind mit Elsbeth Hürlimann, Marianne Siegrist und Reto Dettli die 3 grossen Parteien von Uster vertreten sind. Die designierten Betreiber des Siegerprojektes können realistischweise erst im Frühling oder Sommer anfangen. Unterdessen läuft dank der Flexibilität eines Teils der jetzigen Angestellten der Villa der Betrieb weiter, d.h. es findet bis zur Neubesetzung mindestens eine Ausstellung statt, notabene mit regionalen und lokalen Kunstschaffenden. Zudem werden in der einzigen städtischen Institution für bildende Kunst weiterhin Führungen und Gastroevents angeboten. Die Löhne für diese flexiblen Teilzeit-Angestellten müssen im folgenden Jahr weiterbezahlt werden. Die derzeitige künstlerische Leitung scheidet auf Ende 2007 aus und wird interimistisch neu besetzt. Allein diese Lohnzahlungen und die Betriebskosten für eine Ausstellung machen einen grossen Teil des budgetierten Betrages von 300'000 Fr. aus. Zudem sind Fr. 50'000.- rein für Miet- und Heizungskosten bestimmt.*

*Für den Start der Neuen Villa am Aabach ab Frühling /Sommer soll nach Meinung der SP ebenfalls einen Betriebsbeitrag erhalten, der im Budget 2008 eingestellt werden soll. Der budgetierte Betrag von 300'000 Fr. ist ja - verglichen mit dem Budget des Vorjahrs - bereits um ein 1/4 reduziert.*

*Die SP-Fraktion bittet den Rat, den budgetierten Betrag von Fr. 300'000.- stehen zu lassen, damit 1. die alte Villa sauber abgeschlossen werden. 2. die Zwischenlösung finanziert und 3. für das neue Konzept ein Betrag im Budget eingestellt bleiben kann. Kunst und Kultur gibt es nicht gratis*

*Die SP-Fraktion wird deshalb den Kürzungsantrag von Fr. 100'000.- für die Villa am Aabach ablehnen, kann sich aber vorstellen, dem Antrag der FDP für eine Kürzung um Fr. 50'000.- zuzustimmen.*

*Nänikon, 3. Dezember 2007*

*Regula Trüeb, SP-Fraktion*

**Werner Egli**

**Antrag zur Reduktion der Investition Zeughaus K in der Investitionsplanung**

*Wir stellen namens der SVP/EDU Fraktion den Antrag, die Investitionssumme von 500'000 Franken auf 300'000 Franken zu reduzieren. Zudem stellen wir den Antrag, dass keine Aufteilung dieser Investitionsabsichten vorgenommen werden darf und dass der Stadtrat dem Gemeinderat zwingend einen Kreditantrag für alle Investitionsausgaben im Zeughausareal zu stellen hat.*

*Begründung:*

*Die Bezeichnung auf Seite B17 in der Investitionsplanung mit zit. „Feuerpolizeiliche Massnahmen: Wasser, Dämmung“ ist irreführend. Bei verschiedenen Gesprächen und einer Präsentation im Zeughausareal wurde als eine der Hauptpositionen der Einbau von WC-Anlagen im Gebäude im Kostenumfange von alleine ca. Fr. 300'000 genannt.*

*Bei Durchsicht und Analyse der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen am Orientierungsabend und den gemachten Abklärungen stellen wir fest, dass:*

- *die Stadt Uster für das gesamte Areal „Zeughaus“ eine Miete von jährlich ca.*
- *Fr. 25'000 an die armasuisse bezahlen muss. Das in Rede stehende Haus K wird mietmässig mit Fr. 10'000.- angerechnet und ist in der genannten Gesamtmiete enthalten.*

*der von der Stadt Uster eingesetzte Betreiber für das Gebäude K ebenfalls eine Miete von rund Fr. 10'000 zahlen muss. Somit zahlt er als Betreiber soviel der Stadt wie diese der armasuisse abliefern muss.*

*bei 5000m2 Fläche ein m2-Preis von Fr. 2.-Aufwand oder Miete pro Jahr entsteht.  
5'000 m2 à Fr. 2.- = Total von Fr. 10'000.-.*

*alleine der Betreiber der Bar mit einer Grösse von ca. 250m2 bis 300m2 einen Mietpreis von Fr. 20'000.- pro Jahr zu zahlen hat. Also mit 1/20 der Fläche werden bereits doppelt so viele Einnahmen für den Betreiber generiert wie dieser der Stadt zu zahlen hat.*

*Dass es somit nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein kann, die Investitionen in der Grössenordnung von Fr. 500'000 (welche Zahl wir sowieso massiv anzweifeln) in diesem Gebäude „K“ zu zahlen. Wenn der Betreiber schon Mieteinnahmen von weit höherem Ertrag erzielt, als er der Stadt zahlen muss, dann soll dieser die Investitionen auch selber bezahlen resp. auf die Mieten überwälzen.*

*Wir werden anhand eines dem Gemeinderat vorzulegenden Kreditantrages schon bald erkennen können, welches Konzept hier vorliegt und wie genau die Vereinbarungen zwischen der Stadt Uster und dem sogenannten Betreiber ausgefertigt worden sind.  
Auch der Mietvertrag armasuisse / Stadt Uster ist dabei von Interesse.*

*SVP/EDU Fraktion  
Werner Egli*

*Uster, 3.12.2007*

*Weitere Argumente:*

*Die Liegenschaft gehört uns nicht und so weit wir wissen, ist der Mietvertrag mit der armasuisse noch nicht unterzeichnet.*

*Eine Miete mit Erfolgsbeteiligung oder Umsatzbeteiligung funktioniert sicher nicht, wenn die öffentliche Hand dabei mitinvolviert ist. Es macht vielmehr Sinn, wenn eine klare Abmachung bezüglich einer Miete (die kann ja moderat sein und somit tiefer als Marktüblich angesetzt) bestehen. Eine Vermietung zu Fr. 40.- /m2 pro Jahr ist als Vorschlag zu diskutieren und würde dem „Betreiber“ jährliche Einnahmen von Fr. 200'000 bringen.*

**Jonas Schmid:** Ist Uster eine Wohn- oder eine Schlafstadt? Die Infrastruktur beim Zeughaus ist schlecht. Es ist nicht der Zeitpunkt, Kürzungen vorzunehmen, sondern dann, wenn ein konkreter Antrag vorliegt. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

**Thomas Wüthrich** nimmt zu den diversen Punkten Stellung. Zum Zeughaus: Man soll warten, bis konkrete Zahlen vorliegen, alles andere ist unseriös. Zur Villa (Text). Die Marke Villa soll nicht verloren gehen. Da jetzt noch keine Konzepte vorliegen, sollte zugewartet werden. Zur Villa (Kürzung): Es ist ein falsches Signal für die Kulturstadt Uster. Das Geld würde ja nicht telquel ausgegeben, falls es nicht benötigt wird. Zum Thema Jugendbeauftragter stelle ich den

*Antrag: Der Jugendbeauftragte soll wieder ins Budget aufgenommen werden.*

Zur Begründung: Das Thema brennt, Es ist unseriös, in diesem Bereich auf professionelle Hilfe zu verzichten.

**Reto Dettli** zum Thema Zeughaus: Es ist irrelevant, was beschlossen wird, denn wenn der Antrag vorliegt, ist das Geschäft in unserer Kompetenz. Zum Antrag der Grünen: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag, um ein politisches Zeichen zu setzen. Zur Villa: Auch wir sind der Ansicht, dass die Stadt das Geld nicht vergeudet, wenn es tatsächlich nicht gebraucht werden sollte.

**Daniel Hunziker**

#### **Antrag GF Kultur: Kredit Zeughausreal (B17)**

Sehr geehrter Präsident  
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

*Wir alle wollen die Zwischennutzung des Zeughausareals.  
Wir sind uns auch alle einig, dass es die erwähnten minimalen baulichen Massnahmen braucht um die Zwischennutzung zu ermöglichen.  
In der Kommission wurde der Betrag von CHF 330'000 für die Umsetzung dieser Massnahmen genant.  
Aus einer anderen Quelle hörte ich, dass es CHF 380'000 braucht um das nötigste zu machen. Also die Schlussfolgerung CHF 500'000 sind zu viel, CHF 300'000 zu wenig.*

*Also beantragt die GLP-EVP Fraktion, CHF 350'000 für die baulichen Massnahmen des Zeughausareals zu budgetieren. Dies um nicht unnötiges Geld bereitzustellen und die Attraktivität der Zwischennutzung des Zeughausareals nicht zu gefährden.*

*Ausserdem unterstützt die GLP-/EVP-Fraktion den Antrag der Grünen betreffend Jugendbeauftragten.  
Daniel Hunziker*

**Rolf Denzler** erinnert daran, dass das Stimmvolk das Konzept Villa deutlich abgelehnt hat. Jetzt ist dieses Konzept aber genau wieder drin. Man sollte den Volkswillen akzeptieren. Die SVP-/EDU-Fraktion hat im Übrigen Mühe mit dem Kürzungsantrag der FDP um Fr. 50'000 und findet diesen halbherzig.

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** führt zu den einzelnen Punkten wie folgt aus:

Zum Kürzungsantrag Villa um Fr. 100'000: Der Einzugstermin 1. Juli 2007 ist noch nicht gesetzt. Die Mietkosten fallen so oder so an. Nach Personalrecht muss Frau Höfliger eine Abgangsentschädigung bezahlt werden. Die Kosten bleiben sich also genau gleich hoch und es läuft auf eine Kreditüberschreitung hinaus. Das Programm für die Villa wurde mit Vertretern der drei grossen Parteien lanciert, die Volksmeinung ist also widerspiegelt und der Volkswille wird nicht missachtet.

Zum Zeughaus: Feuerpolizeilich muss etwas getan werden, ebenso bei den Elektroinstallationen und den sanitären Anlagen. Mit einem Minimum an Geldern wird ein Maximum an Nutzen herausgeholt. Es wird ein Projekt geben, dieses wird dem Gemeinderat vorgelegt. Man sollte diesen Punkt jetzt wirklich nur als Budgetposten behandeln.

Zum Jugendbeauftragten: Die dazugehörige Kommission wird erst noch gebildet in diesem Jahr, später kommt ein entsprechender Antrag in den Gemeinderat.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

### **Abstimmung über die Anträge**

#### **1. Jugendbeauftragter**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 18 : 16 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

#### **2. Zeughaus**

**Ausmarchung der Anträge Reduktion um Fr. 200'000 bzw. Fr. 150'000**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 16 : 5 Stimmen**

**den Antrag einer Reduktion von Fr. 200'000 zu unterstützen**

**Ausmarchung des stadträtlichen Antrages gegen den Antrag um Reduktion von Fr. 200'000.-.**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 16 : 15 Stimmen**

**den Antrag einer Reduktion von Fr. 200'000 zu unterstützen.**

**3. Villa am Aabach, Kürzung des Leistungszieles**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 24 : 10 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

**4. Villa am Aabach, Kürzung der Finanzen**

**Ausmarchung der Anträge Reduktion um Fr. 100'000 bzw. Fr. 50'000**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 22 : 10 Stimmen**

**den Antrag einer Reduktion von Fr. 50'000 zu unterstützen**

**Ausmarchung des stadträtlichen Antrages gegen den Antrag um Reduktion von Fr. 50'000.-.**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 19 : 10 Stimmen**

**den Kürzungsantrag abzulehnen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 13 : 3 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung des GF Kultur mit der vorgeschlagenen Änderungen zu genehmigen.**

#### 4.4 GF Finanzen

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

##### **GF Finanzen** (Seiten B-26 bis Seite B-34)

Das GF Finanzen beantragt für 2008 einen Globalkredit von CHF 256'000 ohne Finanzierungen. Das sind CHF 860'000 weniger als im Budget 2007. Zur Reduktion tragen die einzelnen Leistungsgruppen unterschiedlich bei.

- Die Leistungsgruppe Finanzverwaltung weißt – vor allem wegen höheren Erträge in den Kapitaleinsten - einen um CHF 713'000 höheren ...
- ... die Leistungsgruppe Steuern dagegen – vor allem wegen der neu beantragten Stelle – einen um CHF 78'000 tieferen Überschuss als im Budget 2007 aus.
- Auch der Aufwand der Leistungsgruppe Informatik steigt gegenüber dem Budget 2007 um CHF 71'000. Dabei ist es nicht ganz einfach zu eruieren wo die Ursache liegt, sind doch in den Ist Zahlen 06 noch die Aufwendungen für die Materialverwaltung enthalten und im Soll 07 der Aufwand für die nicht umgesetzten 150 Stellenprozente für die Primarschule. Der – zumindest finanziell – positive Effekt der Nichtbesetzung der „Primarschul-Informatikstellen“ schlägt aber nur teilweise durch, da auch die Leistungsgruppe Informatik eine zusätzliche Stelle beantragt.
- Durchaus positiv – auch wieder nur finanziell gesehen – wirken sich dagegen die tieferen Beiträge an Dritte aus (Der Beitrag an die Lok-Remise und das Stadtfest fallen weg), so dass die Sammelkosten des Geschäftsfeldes um CHF 295'000 tiefer ausfallen als im Budget 2007.

Wir (das sind Andi Kunz und ich) haben uns im Vorgespräch mit den Herren Wolfensberger, Kuoni und Josi vor allem für die beiden neuen Stellen interessiert.

##### **Leistungsgruppe Informatik (B-31)**

Im Zusammenhang mit der **neuen Stelle** interessierte uns, ob den die Terminal Server Technologie nicht den Arbeitsaufwand reduzieren würde, und so die Stelle eigentlich gar nicht erforderlich sei.

Darauf wurde uns erklärt, dass die Schaffung einer neuen Stelle im Informatikbereich schon seit längerer Zeit nötig sei und in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Einführung der Terminal Server stehen würde. Vielmehr seien die im Leistungsauftrag ausführlich aufgeführten Gründe dafür ausschlaggebend. Ohne die Schaffung einer neuen Stelle könne die Qualität der IT-Dienstleistungen nicht mehr gewährleistet werden, was grosse Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Stadtverwaltung Uster haben könnte. Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle sei daher unumgänglich. Dazu würde ein ausführlicher interner Bericht mit detaillierten Begründungen vorliegen, welcher Anfang 2008 mittels eines externen Beraters verifiziert werden würde.

Dass unter den **Wirkungs- und Leistungszielen** die Materialverwaltung noch aufgeführt ist, kann hier als redaktionelles Versehen behandelt werden, so dass auf ein offizielles Antragsverfahren verzichtet werden kann.

##### Nun zur **Leistungsgruppe Steuern** (Seite B-33)

Auch hier wird eine zusätzliche Stelle beantragt. Da hat sich für mich dann die Frage gestellt, ob denn diese Stelle auch erforderlich wäre, wenn anstelle der budgetierten Erledigungsquote von 70% lediglich die vom Kanton geforderten 60% als Ziel gesetzt würden.

Hier wurde uns klar gemacht, dass die Höhe der Erledigungsquote nur einen geringen Einfluss auf den Arbeitsaufwand des Steueramtes habe, da die Steuererklärungen so oder so angeschaut und kontrolliert werden müssten (Vollständigkeit und arithmetische Richtigkeit). Die zusätzliche Stelle sei –

*wie im Leistungsauftrag begründet – aufgrund der ständig wachsenden Anzahl Steuerpflichtigen erforderlich.*

*Zum Schluss noch zu den **Finanzierungen***

*Sie sind, obwohl sie eigentlich ein Gebiet der RPK sind, auch in der Sachkommission angesprochen worden. Als Antwort auf die Frage, ob den die ordentlichen Steuern nicht zu tief budgetiert worden seien – diese Frage ist ja bereits nach der Pressekonferenz zum Budget 08 laut geworden – wurde in der Sachkommission auf die den Novemberbrief verwiesen.*

*Dieser hat ja dann nicht nur diese Frage beantwortet, sondern auch dazu geführt, dass die Finanzierungen auch in der RPK – wie übrigens das ganze GF Finanzen – zu keinen Diskussionen Anlass gegeben haben.*

*Sowohl die Sachkommission wie auch die RPK empfehlen Ihnen einstimmig den Leistungsauftrag 2008 – 2011 sowie dem Globalkredit 2008 zuzustimmen.*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

#### **4.5 GF Liegenschaften**

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Andres Kunz**. Das Geschäftsfeld wurde in der KÖS einstimmig gutgeheissen.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Rolf Graf** das Resultat bekannt. Auch in der RPK wurde das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen.

#### 4.6 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau und die RPK referiert **Balthasar Thalmann**.

*Herr Präsident,  
Geschätzte Anwesende*

*Ich berichte sowohl für die KPB wie auch für die RPK über das GF Infrastrukturbau und Unterhalt. Für das GF Infrastrukturbau und Unterhalt wird ein Globalkredit von Fr. 4,776 Mio. beantragt. Da der Voranschlag mehrheitlich gleich wie letztes Jahr ausfällt, hat er in der Kommission auch nicht zu übermässigen Diskussionen geführt.*

*In der KPB und in der RPK wurden folgende zwei Anträge gestellt:*

- *Seite B-46, übergeordnete Wirkungs- und Leistungsziele des GF Leistungsziel ergänzen mit „Zudem ist mit einem jährlich zu erstellenden Konzept sicherzustellen, dass die zu realisierenden Bauprojekte so aufeinander abgestimmt werden, damit ein möglichst optimaler Durchgangsverkehr gewährleistet werden kann.“ Der Antragssteller begründet das Anliegen damit, dass es in Uster zu Verkehrsproblemen komme, weil es vorkäme, dass verschiedene Strassenbauprojekte schlecht aufeinander abgestimmt seien. Die Mehrheit der Kommission teilte dies Meinung aber nicht und lehnte den Antrag mit 5:4 Stimmen ab*
- *Seite B-47, Investitionsrechnung, 1. Posten: Streichen des Betrags von 500'000 für die Sanierung der Brunnenstrasse. Der Antragssteller begründete das Anliegen damit, dass diese Sanierung erst nach der Eröffnung von Uster West an die Hand genommen werden dürfe. Mit 6:3 wurde dieser Antrag abgelehnt.*

*Diverse Fragen zur Investitionsplanung wurden diskutiert und konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden. Zuletzt möchte ich noch auf die Einleitung zur LG Strasseninspektorat auf Seite B-53 hinweisen. Da der Kanton auf unserem Stadtgebiet die Strassen nach Ansicht der Stadt nicht genügend oft reinigt, wird geprüft, ob mit dem Kanton eine Vereinbarung getroffen werden könne, damit die Stadt die Reinigung der Staatsstrassen selber machen kann, und dafür – gemäss Kantonsstandard – entschädigt wird.*

*Das Geschäftsfeld wurde in der KPB einstimmig und in der RPK 6:3 Stimmen angenommen.*

*Balthasar Thalmann*

**Jean-François Rossier** stellt die folgenden Anträge namens der SVP-/EDU-Fraktion:

*Die SVP/EDU-Fraktion hat bereits im Vorfeld ihre Absichten betreffend der Ergänzung der Leistungsziele im Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt sowie der Rückstellung der Sanierung der Brunnenstrasse kundgetan und stellt nun dem Gemeinderat unsere Anträge wie folgt:*

##### **Antrag 1 betreffend Leistungsziele (B-46):**

*Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Koordination der verschiedenen Bauprojekte der öffentlichen Hand nicht immer reibungslos und zur Zufriedenheit aller aufeinander abgestimmt worden sind. Die Substanzerhaltung wie auch die Realisation neuer Bauprojekte wird auch in Zukunft Friktionen mit sich bringen und den Unmut der Verkehrsteilnehmenden auf sich ziehen. Wir erachten es daher als Notwendigkeit, das vorhandene Leistungsziel wie folgt zu ergänzen:*

*Zudem ist mit einem jährlich zu erstellenden Konzept sicherzustellen, dass die zu realisierenden Bauprojekte so aufeinander abgestimmt werden, damit ein möglichst optimaler Durchgangsverkehr gewährleistet werden kann.*

*Wir sind überzeugt, dass die bereits heute verwendeten Instrumente der verantwortlichen Fachleute dafür genutzt werden können und daher nicht mit einem Mehraufwand bzw. Mehrkosten zu rechnen ist.*

**Antrag 2 betreffend Streichung der Brunnenstrasse (B-47):**

*Bis heute konnten wir nicht davon überzeugt werden, dass die Realisierung der Brunnenstrasse (Fussgängerschutz und Sanierung) keine weiteren Problemzonen mit sich bringen wird. Die Umfahrung West würde eine solche Entschärfung mit sich bringen, diese ist aber noch nicht realisiert. Wie bereits mehrfach darauf hingewiesen, bietet sowohl das realisierte Projekt wie auch deren Erstellung ohne die Umfahrung West keine optimale Lösung. Im Gegenteil: ein weiterer Bahnübergang wird blockiert und der Verkehr wird wieder einmal mehr in die Aussenwachten abgeschoben. Wir stellen daher unseren Antrag, mit der Realisierung der Brunnenstrasse zuzuwarten, bis die Westumfahrung realisiert ist.*

*Riedikon, 5.12.2007  
Jean-François Rossier*

**Simone Michel** führt namens der Grünen aus, dass diese beide Anträge ablehnen. Zum ersten: Die Abteilungen Bau und Sicherheit stimmen die Koordination zwischen Baustellen und Verkehr ab. Zum zweiten: Der Zeitpunkt der Realisierung der Westumfahrung ist unklar, wichtig ist, jetzt etwas für den Fussgängerschutz an der Brunnenstrasse zu tun und diesen nicht in Verbindung mit einer Strassenbaute zu stellen.

**Stefan Lehmann** nimmt namens der FDP-/CVP-Fraktion Stellung zu Antrag 1 und meint, ein Konzept zu erstellen, das dann auch wieder Fr. 50'000 kostet, ist unnötig. Die Fraktion ist dagegen.

**Balthasar Thalmann** unterstützt das Votum von Stefan Lehmann. Das Konzept soll sicherstellen, dass verschiedene Baustellen untereinander abgestimmt werden. Das ist ja grundsätzlich so, wenn auch ein unzweckmässiges Baumanagement bei einzelnen Baustellen nicht verneint werden kann. Trotzdem ist die SP-Fraktion dagegen.

**Andres Kunz** kritisiert, dass für das Image der Stadt ein Fussballfest lanciert werden soll aber nichts getan wird, um den Verkehr reibungslos durchfahren zu lassen. Dafür nützt das Fest nichts.

**Jonas Schmid** meint, es wird viel diskutiert über die Brunnenstrasse. Muss erst ein tödlicher Unfall geschehen, bis gehandelt wird? Die SP-Fraktion lehnt den Antrag betreffend Brunnenstrasse ab.

**Stadtrat Thomas Kübler** führt aus, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass die Brunnenstrasse und die Westumfahrung nicht zusammenhängen. Es geht hier um die Verkehrssicherheit von Fussgänger und Fahrradfahrern. Der Kanton zahlt an den Teil etwas dran. Die Aufwertung des Zentrums ist als Auftrag des Gewerbes zu verstehen. Diese Leistungen müssen jetzt getätigt werden und nicht erst, wenn die Westumfahrung realisiert ist. Generelle Verbesserungen betreffend Verkehrsführung sind im Gange. Es finden ständig Koordinationsitzungen mit Vertretern des Kantons statt.

Keine weitere Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung über die Anträge**

**1. Präzisierung Leistungsziel**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 24 : 10 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

**2. Investitionsplanung Brunnenstrasse**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 24 : 10 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 24 : 10 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung des GF Infrastrukturbau und Unterhalt zu genehmigen.**

#### **4.7 GF Stadtraum und Natur**

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Simone Michel**.

##### **Globalkredit**

*Im Leistungsauftrag 09 soll der 1. Posten Stadt- / Siedlungsplanung und Entwicklung, in welchen auch die Ausgaben für den Verkehr drin enthalten sind, zur Übersichtlichkeit getrennt aufgeführt werden. Die Kreditzunahme im ganzen Geschäftsfeld um rund 370'000 Sfr. ist zu einem grossen Teil auf den Ausbau im Bereich Verkehr, namentlich des verbesserten öV-Angebotes, und auf geringere Beiträge des Kt. für die Forstwirtschaftliche Abteilung zurückzuführen.*

##### **Personal**

*Soll mit 6.5 Stellen gleich dotiert bleiben.*

##### **Investitionsplanung**

*Auf die sehr ehrgeizige Planung des letztes Jahres und der langen Liste von erfolgten Investitionen wurde reagiert. Die Ziele sind im vorliegenden Leistungsauftrag in einem realistischeren Zeithorizont gesteckt.*

*V.a. die Massnahmen zum Hochwasserschutz sind in die Zukunft gerutscht, weil einerseits beim Kt. die Ressourcen fehlen, andererseits die Massnahmen, für welche die Stadt Uster die Umsetzungspflicht inne hat, nochmals auf Optimierungsmöglichkeiten und Ausmass hin überprüft wurden.*

##### **LG Stadt- und Verkehrsplanung**

*B-62 Begrüssenswert Neuerung in der **Einleitung** ist, dass aktuelle Leitsätze und anstehende, konkrete Projekte aufgelistet und wenn möglich zeitlich verortet werden.*

*B- 63 Zu **Kennzahlen und Statistik**: Die Statistik vom Kanton kann erst auf Ende Jahr nachgetragen werden und zur baulichen Dichte muss gesagt werden, dass der Verlauf und ein mögliche Vergleich erst über mehrere Jahre hinweg aussagekräftig sein wird.*

##### **LG Natur und Landwirtschaft**

*B-64 Die Stadt Uster und der Bauernverband werden im 2008 an Qualitätskriterien für die landwirtschaftliche Zone arbeiten. Wie schon im letzten Jahr erwähnt (siehe auch Seite B-65) sind nämlich die quantitativen Ziele fürs 2008, welche im LEK aufgeführt wurden, bereits allergrösstenteils erreicht.*

##### **B- 65 Zu Indikatoren:**

*Weiterhin ausstehend ist die Aufnahme der Kosten für die Bewirtschaftung der Parkanlagen und der strassenbedingten Grünflächen.*

*Zu **Finanzen und Personal**: plus minus gleich bleibend.*

##### **Zu Kennzahlen:**

*Fürs 08 stehen nächste Erhebungen des Bestandes von Indikatorarten wie dem Feldhasen an. Interessant ist hier dann zu sehen, wie gross der Anteil der Freiwilligenarbeit in der Qualitätskontrolle ist und es stellt sich die Frage, in wie fern das sinnvoll ist, Fachleute nicht für anspruchsvolle Arbeit zu zahlen.*

**LG Forstwirtschaft**

*B –67 Fürs 2009 werden **Indikatoren und Kennzahlen** angepasst werden und bezüglich Flora und Fauna ergänzt werden. Damit soll die Qualitätssicherung der Aufgaben der diversen Waldfunktionen gesteigert werden. Der Betriebsplanentwurf gemäss WEP wird noch dieses Jahr vom Kt. abgesegnet werden.*

**B- 67 Finanzen und Personal:**

*Eine leichte Erhöhung der Ausgaben fürs kommende Jahr kommt vor allem durch die geringeren Zahlungen durch den Kt. und die höheren Versicherungsausgaben fürs Personal zu Stande.*

*Danke für die Aufmerksamkeit*

*Simone Michel*

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Balthasar Thalmann** das Resultat bekannt. Diese hat das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen.

#### **4.8 GF Hochbau und Vermessung**

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Benno Scherrer**.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Balthasar Thalmann** das Resultat bekannt. Diese hat das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen.

#### **4.9 GF Koordination Bildung**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Marianne Siegrist**.

##### **GR Referat für die Sachkommission KBK zum Globalbudget und den Leistungsaufträgen 2008 GF Koordination Bildung**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Im Vorgespräch mit den Verantwortlichen der Primarschule wurden unsere Fragen kompetent beantwortet. Teilgenommen haben Stadträtin Frau Wettstein, Frau Unholz, Primarschulpflege, die Herren Göppel und Dohner von der Verwaltung. Im Namen der Kommission bedanke ich mich für die geleistete Arbeit.*

##### **GF Koordination Bildung Seite B 75-76**

*Die von der KBK im letzten Jahr gewünschten Anpassungen sind erfolgt: Die neue Bezeichnung des Geschäftsfelds „Koordination Bildung“, diese wurde auch im Organigramm eingesetzt. Ebenfalls wurde der Indikator zum Gruppenunterricht sprachlich präzisiert.*

*Der beantragte Globalkredit bleibt sich gleich wie im letzten Jahr, 638'000 Franken.*

*633'000 werden für die Musikschule veranschlagt, der Rest wird für die Koordination der öffentlichen und privaten Bildungsangebote in der Stadt Uster verwendet, genauer für den Aufbau eines Informationspools über alle Bildungsangebote in Uster im Internet. Die strategische Planung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Bildungsanbietern liegt beim Stadtpräsidenten.*

*Am Ziel, welches im Jahreskontrakt mit der MSUG festgehalten wird, den Anteil der Schüler/innen welche Gruppenunterricht besuchen, auf 15 % zu erhöhen, wird gearbeitet. Dieses Ziel wird auch von der MSUG als realistisch beurteilt.*

*Der LA und das Globalbudget werden von der Kommission einstimmig zur Annahme empfohlen.*

*1. Dez. 2007 Marianne Siegrist*

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Walter Meier** das Resultat bekannt. Dieses Geschäftsfeld wurde einstimmig gutgeheissen.

#### 4.10 GF Sicherheit

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und die RPK referiert **Martin Gasser**.

*Am 16. Nov. 07 traf sich die Subkommission im Büro von Herrn Röthlisberger mit Stadtrat Hans Streit, welcher uns umgehend darüber informierte, dass die Abteilung Sicherheit einmal mehr mit Führungsproblemen zu kämpfen hat. Er versicherte uns aber auch, dass die Abteilung gegen Aussen sauber gearbeitet hat und nichts von den Problemen nach Aussen gedrungen ist. Er ist auch zuversichtlich, dass sich die Probleme bis anfangs nächstes Jahr erledigt haben wird. Somit sollte sich dann auch die dadurch intern angespannte Lage wieder beruhigen*

**GF:** Der Leistungsauftrag soll um folgenden Satz erweitert werden.(B-77)

*"Erarbeiten eines Konzepts zum Übergang auf einen 24 Stunden Dienst"*

*Begründet wird der Satz damit dass, die notwendige Aufstockung der Polizei im Stadtrat einmal mehr keine Zustimmung gefunden hat.*

*Darum sind auch beim Personal der Stadtpolizei im Plan 11 vier Stellen mehr ausgewiesen.*

*Gemäss Stadtrat Hans Streit kann nicht der ganze Aufwand mit einem Verbund mit anderen Gemeindepolizeien gedeckt werden.*

*Der Antrag wurde dann von der Kös einstimmig angenommen.*

*Weiter wurde gewünscht, dass die Sammelkosten der Leistungsgruppe besser detailliert werden.*

**Investitionsplanung:** Die 70'000.- für die Anschaffung eines Grossventilators können gestrichen werden. (siehe auch Novemberbrief ) da die Kosten die GVZ übernommen hat.

Die 50'000.- für Videoüberwachung sind Anteile von Kosten die vor allem in Tiefgaragen anfallen und hauptsächlich von den Eigentümer bezahlt werden sollten.

*LG Feuerwehr: Bei der Feuerwehr ist in diesem Jahr das erste mal ein Personalrückgang zu vermelden, welcher auf stärkere Verfügbarkeit der Leute bei den Arbeitgebern zurück zu führen ist.*

*LG Bevölkerungsschutz: Durch die Streichung des Zivilschutzes wurde es notwendig den Punkt 4 im Leistungsauftrag aufzunehmen. Dieser ermöglicht es dem Stadtrat die speziellen Katastrophenelemente bei Bedarf direkt auf zu bieten. (B-81)*

*LG Stadtpolizei: Die fehlenden Kennzahlen in der HR07 wurden nachgeliefert.*

#### **(nicht herunterlesen)**

*Sicherheitspolizei:*

<i>Arbeitsstunden Prävention</i>	<i>19110</i>		
<i>„ Intervention</i>	<i>4095</i>		
<i>„ Regression</i>	<i>4095</i>		
<i>Fahrzeugpatrouillen während des Tages</i>	<i>3150</i>		
<i>„ „ der Nacht</i>	<i>3005</i>		
<i>Ausrückeinsätze</i>		<i>1600</i>	

*Gewerbepolizei:*

<i>Anzahl Gastwirtschafts-, Klein- und</i>	<i>06</i>	<i>Soll07</i>	<i>HR07 08</i>
<i>Mittelverkaufsbetriebe</i>	<i>22</i>	<i>24</i>	<i>25</i>
<i>Anzahl Verlängerungsgesuche</i>	<i>93</i>	<i>71</i>	<i>80</i>
<i>Anzahl Plakatbewilligungen</i>	<i>135</i>		<i>140</i>

**Anträge:** Es wurden weitere Anträge gestellt.

*B-78 Investitionsplanung: Streichung der Fr. 500'000.- für Tempo 30. 3:5 abgelehnt*

*B-84 Wirkung und Leistungsziele/Verkehrspolizei/1.Punkt:*

*Streichung des Wortes „flächendeckend“. 3:5 abgelehnt*

**GF** mit 5:3 angenommen

RPK

*In der RPK hat man sich mit der Kös solidarisch erklärt und das neue Wirkungs- und Leistungsziel ebenfalls einstimmig angenommen.*

*Der Antrag über die Streichung des Wortes „flächendeckend“ wurde zurückgezogen, da nicht RPK relevant.*

*Der Antrag zur Investitionsplanung: (bei Tempo 30) Streichung von Fr. 500'000.- wurde mit 3:5 abgelehnt.*

*Neu wurde in der RPK der Antrag gestellt „Streichung der Erweiterung Parkplatz Stadthaus“ auch dieser wurde mit 2:6 abgelehnt.*

**GF** mit 6:2 angenommen.

**Balthasar Thalmann** ergreift das Wort namens der SP-Fraktion:

*Voranschlag 2008*

*GF Sicherheit, Streichungsantrag für Investitionsvorhaben Erweiterung PP Stadthaus*

*Herr Präsident,  
Geschätzte Anwesende*

*Ich habe eigentlich gemeint, dass ich mich spätestens mit dem teilweise ziemlich Mathematik-lastigen Studium nicht mehr so schnell von Zahlen beirren lassen würde. Heute genügen es aber schon deren drei. Es sind dies die Zahlen 900, 250 und 0.*

*Der Stadtrat möchte gemäss Voranschlag zusätzlich zu den über 900 im Zentrum vorhandenen Parkplätzen für 250'000 Franken neue Parkplätze beim Stadthaus erstellen. Dies obwohl 0 Quadratmeter mehr Bürofläche im Stadthaus geschaffen wurden.*

*Meine Damen und Herren, es kann mir hier im Saal doch wohl niemand weismachen, dass es beim Stadthaus zu den bereits bestehenden 69 Parkplätzen noch mehr braucht. In den letzten Jahren wurde der öffentliche Verkehr in Uster und nach Uster massiv ausgebaut, sodass es für Arbeitnehmende kein Problem sein sollte, ihr Arbeitsplatz innert nützlicher Frist auch mit dem ÖV zu erreichen. Kein Betrieb in der Stadt Zürich bietet Arbeitnehmenden und Kunden soviel Parkplätze an. In Uster soll das aber nötig sein?*

*Die SP-Fraktion ist nicht dieser Meinung und beantragt deshalb, den in der Investitionsplanung vorgesehene Kredit von 250'000 Franken für die Erweiterung Parkplatz Stadthaus zu streichen. Die Erweiterung kann auch nicht damit begründet werden, dass im Stadthaus oder im Qbus vermehrt Grossveranstaltungen stattfinden. Soviel Plätze fasst der Gemeinderatssaal oder Qbus längst nicht, wie Autos auf dem Stadthausparkplatz oder bald im Kern Nord abgestellt werden können. Sollte dennoch eine absolute Ausnahmesituation eintreffen stehen im nahe gelegene Zentrum weiter 800 Parkplätze zur Verfügung.*

*Eine Investition in eine Parkplatzerweiterung beim Stadthaus wäre eine Fehlinvestition. Dieses Geld sollten wir besser in die fällige Planung für eine Erweiterung des Stadthauses investieren.*

*Ich danke Ihnen für die Unterstützung unseres Antrags.*

*Balthasar Thalmann*

**Martin Gasser** spricht im Namen der SVP-/EDU-Fraktion und stellt den Antrag auf Streichung von Fr. 500'000 für die Tempo-30-Zonen in der Investitionsplanung. Erst soll das Bedürfnis sauber abgeklärt werden, bis dies getätigt ist, muss das Geld nicht bereits im 2008 eingestellt werden. Die SVP-/EDU-Fraktion wird sonst das Geschäftsfeld so ablehnen.

**Beat Roos** für die FDP/CVP – Fraktion:

*Kommentar zum GF Sicherheit, Antrag Seite B-77:*

*Die FDP/CVP-Fraktion unterstützt die Erarbeitung eines Konzeptes zur Einführung eines 24 Stunden Dienstes der Stadtpolizei Uster. Das Resultat aus dem Konzept hat auch bei den Kennzahlen Eingang zu finden.*

*Man kann daraus schliessen wie es in personeller und finanzieller Hinsicht aussehen wird. Diese Zahlen erlauben uns eine zukunftsweisende Planung. Nebst Greifensee sollte man weitere Gemeinden im nahen Umfeld von Uster für den 24 Stunden Dienst gewinnen. Das würde den finanziellen Aufwand erheblich reduzieren.*

*Die Sicherheit der Ustermer Bevölkerung liegt uns sehr am Herzen.*

*Uster, 1.12.07/br*

*Beat Roos*

**Christian Keller:**

### **Stellungnahme zu Anträgen Tempo 30**

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

*Die FDP/CVP-Fraktion wird den Kürzungs- resp. Änderungsantrag nicht unterstützen.*

*Wir haben uns in der Vergangenheit immer und vehement für die Sache von Tempo 30 eingesetzt. Letztmals habe ich mich erst vor wenigen Monaten im Rahmen der Diskussion der Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30 dazu vernehmen lassen. Ich brauche mich nicht bis ins Detail zu wiederholen. Ich halte aber unsere Haltung kurz zusammengefasst fest:*

- 1. Die Einführung von Tempo 30 in den Quartieren erachten wir als wichtigen und richtigen Schritt hin zu einer gesteigerten Lebensqualität und zu mehr Sicherheit in den Quartieren.*
- 2. Die baulichen Massnahmen für die Einführung von Tempo 30 sind auf das absolute Minimum zu beschränken, die Umsetzung muss sehr kostengünstig erfolgen.*
- 3. Der aktive Einbezug der Quartierbevölkerung muss von Anfang an gewährleistet sein. Verschiedene Beispiele zeigen, dass eine Einführung gegen den Willen der Anstösser rechtlich schwierig resp. gar nicht durchsetzbar ist.*
- 4. Die Umsetzung des Projektes soll im 2008 starten können. Die Priorisierung bei der Einführung von T 30 hat sich an der kostengünstigen Umsetzbarkeit und der Rechtssicherheit zu orientieren. Bereiche die aufwändig zu bearbeiten sind und wesentliche Rekursrisiken bergen, sind nicht prioritär zu bearbeiten.*

*In diesem Sinn setzen wir uns weiter für eine kostengünstige und baldige Einführung von Tempo 30 in den Quartieren ein, ein Ziel das aber nur erreicht werden kann, wenn die erforderlichen Mittel und Voraussetzungen bereitgestellt werden können.*

*Die Anträge, die zum Ziel haben, die Einführung zu verzögern und zu verwässern unterstützen wir daher nicht.*

*Den Antrag der SP betreffend Verzicht auf die Erweiterung des Parkplatzes Stadthaus wird nicht unterstützt.*

*FDP-Fraktion, Christian Keller  
Uster, 03.12.2007*

**Simone Michel** führt aus, dass die Grünen gegen die Streichung der Fr. 500'000 für die Einführung Tempo 30-Zone sind. Gerade die Verkehrssicherung und Standortqualität werden durch Tempo 30 gefördert.

**Stefan Feldmann** mahnt, dass mit der blossen Ergänzung betreffend 24-Stunden-Dienst mit 4 zusätzlichen Stellen noch kein 24-Stunden-Dienst auf die Beine gestellt ist. Die SP-Fraktion möchte, dass der Prozess geordnet vorwärts geht. Die Bedeutung in finanzieller und personeller Hinsicht wissen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag. Zu Tempo-30: Es wäre Budgetschinderei, diesen Posten wieder rauszunehmen, auch wenn die Kosten nicht klar sind und ob das Volk das Geschäft annehmen wird. Er nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die FDP-/CVP-Fraktion so vehement dafür ist.

**Benno Scherrer** zeigt sich erfreut betreffend dem Thema Tempo 30. Zum Streichungsantrag betreffend Parkplätzen: Es gibt keinen Parkplatzmangel im Zentrum. Mit höheren Gebühren könnte leicht der Anreiz verändert werden.

**Stadtrat Hans Streit** kontert, dass es beim Stadthaus 69 Parkplätze gibt, bei der Stadt arbeiten 270 Personen, es gibt ein Reglement, wer eine Parkkarte erhält, 42 Mitarbeiter haben eine solche. Die Kunden reklamieren, wenn sie keine Parkplätze haben. Zum Thema Tempo 30: Die Vorlage wird ausgearbeitet und kommt im Sommer 2008 vor den Gemeinderat.

**Christian Wüthrich:** 70 Arbeitsplätze in Zürich und null Parkplätze .

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

### **Abstimmung über die Anträge**

**Über den zusätzlichen Punkt bei den übergeordneten Wirkungs- und Leistungsziel betreffend Erarbeitung eines Konzeptes zur Einführung eines 24-Stunden-Dienstes wird nicht abgestimmt. Die Aufnahme desselben ist eindeutig und unbestritten.**

#### **1. Verzicht Investition Erweiterung des Parkplatzes Stadthaus**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 18 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsident)**

**den Antrag abzulehnen.**

**2. Verzicht Investition Tempo 30-Zone**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 24 : 10 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 24 : 3 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Sicherheit mit der vorgeschlagenen Änderung zu genehmigen.**

#### **4.11 GF Publikumsdienste**

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und RPK referiert **Martin Gasser**.

*Es handelt sich vorwiegend um Pflichtleistungen welche nicht beeinflusst werden können.*

**GF:** *die reduzierten Werte bei der Einwohnerkontrolle im Soll 08 und Plan 11 sind auf den Minderverkauf von Pässen und ID's zurück zu führen.(B-86)*

*LG Einwohner: Bei den Indikatoren könnten mehr Reklamationen als Feedback verstanden werden. (B-88)*

*LG Zivilstandsamt: Bei der Grabpflege sollte der Kostendeckungsgrad nicht >100% lauten. 100% sind genug. (B-90)*

**Anträge:** *B-90 Der Antrag in der LG Zivilstandsamt/Grabpflege „Kostendeckungsgrad 100%“ (nicht >100%) wurde einstimmig angenommen.*

**GF** *einstimmig angenommen.*

*RPK*

**GF** *einstimmig angenommen.*

#### **4.12 GF Soziale Sicherheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Daniel Hunziker**.

**Leistungsaufträge 2008 – 2011 / Globalbudgets 2008**, Seite B-91 bis B-96

##### **GF Soziale Sicherheit, S. B-91/92**

*Das Total des Globalkredites ist mit Fr. 10.055 Mio. budgetiert, eine Minderung von 1.156 Mio. gegenüber dem Voranschlag 07. Diese Differenz ergibt sich vor allem aufgrund der neuen Zuteilung der Beiträge an die Arbeitsintegrationsprogramme von 950'000 zum GF Sozialhilfe und der Abnahme des Globalbudget der LG Sozialversicherung von rund 170'000 Franken.*

##### **LG Sozialversicherungen, S. B-93/94**

*Die Nettokosten der Leistungsgruppe Sozialversicherungen ist mit Fr. 7.981 Mio. budgetiert. Dies entspricht im Vergleich zum Voranschlag 07 um eine Minderung von 173'000 Franken.*

*Eine Trendwende zu weniger Neugesuche bei den Zusatzleistungen ist nicht zu verzeichnen. Doch die Zunahme ist gestoppt und die Anzahl Neugesuche pendelt sich im Bereich der Invaliden wie auch bei den Betagten auf hohem Niveau ein. Dies im Zusammenhang mit der restriktiveren Praxis bei der IV. Die Auszahlungsquote nimmt bei der IV eher zu, bei der AHV wegen höheren Vermögen der Betagten eher ab.*

##### **LG Familienergänzende Betreuung, S. B-95/96**

*Die Nettokosten der Leistungsgruppe Familienergänzende Betreuung ist mit Fr. 1.841 Mio. budgetiert, eine minimale Zunahme von 22'000 Franken gegenüber dem Voranschlag 07.*

*Die Tagesstrukturen der Primarschule werden auf nächstes Schuljahr eingeführt. Die Primarschule hat zwei Personen zu je 50 % angestellt um die Tagesstruktur professionell aufzugleisen. In Zukunft wird eine 50 % Stelle die Koordination der FEB (30%) und Tagesstruktur Schule (20 %) übernehmen. Bei der FEB wird der Bedarf an Krippenplätzen steigen, auf der Warteliste sind gemäss HR 07 110 Kinder.*

*Die Elternbeitragsreglemente wurden auf das Betriebsjahr 07/08 überarbeitet. Die wesentlichen Änderungen sind rechtliche Formulierungen der Beziehungen zwischen den Eltern und den FEB Institutionen. Zudem wurden die Elternbeiträge angepasst. Die Rabatte für mehrere Kinder wurden gesenkt, da bei den Steuern die Abzüge für Kinder erhöht wurden.*

*Die KSG empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig die Annahme des vorliegenden Budgets.*

*Daniel Hunziker*

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Das Geschäftsfeld wurde in der RPK einstimmig genehmigt.

#### **4.13 GF Gesundheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Tobias Deininger**.

*Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende,*

*durch die erneute Aufteilung der Kosten der Abteilungsleitung der drei Geschäftsfelder Sport, Gesundheit und Betreutes Wohnen entstand eine höhere Budgetierung im Bereich Sammelkosten Geschäftsfeld.*

*Bei der Tierkadaverstelle entstand eine höhere Budgetierung aufgrund eines Krankheitsfalles sowie ausbleibenden Einnahmen mangels Investitionen im Bereich erweiterter Nutzung der Sammelstellen durch andere Gemeinden.*

*Im Bereich illegale Deponien ist eine Verbesserung zu verzeichnen, dank der raschen Alarmierung und Beseitigung der illegalen Kehrichtablagerungen.*

*Das Geschäftsfeld Gesundheit wurde in der Sachkommission einstimmig angenommen.*

*Tobias Deininger*

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Das Geschäftsfeld wurde in der RPK einstimmig gutgeheissen.

#### **4.14 GF Betreutes Wohnen**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Christian Wüthrich**.

##### **Fachkommission Betreutes Wohnen**

##### ***Die Fachkommission Betreutes Wohnen des Stadtrates setzt folgende Schwerpunkte***

*Prävention, Gesundheitsversorgung allgemein, Altersbeauftragter, Pflege von orientierungslosen Menschen, Übergangspflege, Abklärungsarbeiten bezüglich der Motion zur Prüfung einer organisatorischen Änderung des Geschäftsfeldes.*

##### **Leistungsgruppe Heime**

*Die gut anlaufende Bauphase der Heime im Grund mit dem sehr erfolgreichen Abstimmungsergebnis ist erfreulich. Der geplante Bau erschwerte die Budgetierung des Betriebes enorm. Diese erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen. Die zu erwartenden Einnahmeausfälle wurden je nach Zimmergrösse detailliert berechnet. Trotzdem wird in der Rechnung 08 gegenüber dem Budget mit Überraschungen zu rechnen sein. Die vertiefte Kosten-Diskussion in der KSG zeigte auf, dass während der Bauphase im Bereiche Verwaltung und Ökonomie keine Personalreduktion möglich sein wird, da der betriebliche Arbeitsaufwand durch den Bau ansteigen wird. **Einzig im Bereich Pflege** ist bei natürlichen Personalabgängen (keine Entlassungen) eine Reduktion des Personals bei der Reduktion von 25 Betten wie folgt vorgesehen:*

*0.3 Stellen je Bett = 7.5 Stellen mit folgender Personalverteilung: 3.5 Stellen Fachpersonal Ebene Diplom, 4 Stellen Assistenzpersonal. Dies bei einer sich auf hohem Niveau einpendelnden Pflegeintensität gemäss BESA.*

*Als Taxgrundlage für das Budget dienen die Taxordnungen vom Oktober 07 die wie angekündigt, keine Erhöhungen der Taxen ergaben. Dabei bleibt der Kostenanteil der die BewohnerInnen zu zahlen haben, gleich. Für das Haus Dietenrain ist per Juli 08 eine Taxanpassung in Diskussion. Auf Grund der Empfehlung der Fachkommission Betreutes Wohnen des Stadtrates, wurden gemäss dem Altersleitbild 0.8 Stellenprozente für die Stelle eines Altersbeauftragten budgetiert. Der Stadtrat hat bereits auf Grund des Leitungswechsels bei der Abteilung Gesundheit, mit dem Novemberbrief diese neuen 80 Stellenprozente wiederum gestrichen. Einzelne Kommissionsmitglieder bedauern dies ausserordentlich. Bei den Leistungsaufträgen 2008 wurde nichts geändert.*

##### **Leistungsgruppe Spitex**

*Im Rahmen der neu erarbeiteten Vollkostenrechnung kann ab Rechnung 08 ein neuer detaillierter Zahlenteil erwartet werden. Der Leistungsauftrag 09 wird grundsätzlich neu erarbeitet werden müssen.*

*Die Eingliederung der Haushalthilfe in die Spitex war sehr erfolgreich und bedeutet für alle Betroffenen eine Win Win Situation.*

*Im Rahmen des NFA können bezüglich der Kosten im Moment noch keine sicheren Angaben gemacht werden, zu erwarten sind aber Kostenbeteiligungen durch den Kanton. Der Spitex sind durch das KVG und der weiteren vorgegebenen kantonalen Gesetze klare Vorgaben gegeben. (Std je Quartal, Bedarfsorientiertheit etc.) Klar ist, dass jede Spitexleistung Defizite generiert, die aber sicher kleiner sind, wenn dadurch zum Beispiel eine Heimeinweisung vermieden werden kann oder aber später erfolgt. Dabei ist die Lebensqualität zu Hause zu berücksichtigen, wobei auch hier Kriterien bestehen wann eine Heimeinweisung zu erfolgen hat.*

### **Antrag der Kommission**

*Die KSG empfiehlt dem Gemeinderat mit 8 gegen 1 Stimme die Annahme des vorliegenden Budgets.*

*Mit 5 gegen 4 Stimmen wurde abgelehnt, dem Gemeinderat zu beantragen, die Stelle des Altersbeauftragten im Budget zu belassen.*

*Uster, den 2.12.2007*



Christian Wüthrich  
Gemeinderat

**Julia Amherd** ergreift das Wort.

### **Antrag betreffend Wieder- Aufnahme Fachstelle Alter**

*Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende*

*Wie Ihnen bekannt sein dürfte, wurde im Novemberbrief die im Voranschlag 2008 eingestellte Fachstelle Alter vom Stadtrat gestrichen (73 500 Fr.).*

*Im Jahr 2002 legte der Stadtrat das Alterskonzept vor. Mit dem Konzept wollte der Stadtrat die zukünftige Alterspolitik festlegen. Als erste Massnahme wurde die Fachkommission Alter gebildet, welche zum Schluss kam, dass es in Uster eine Fachstelle Alter braucht. Die Aufgaben dieser Fachstelle wären die Vernetzung der Freiwilligenangebote wie z. B. Fahrdienste, Einkaufsdienste, Nachbarschaftshilfe und die Beratung alter Menschen und ihrer Angehörigen über Dienstleistungen sowie Preise der verschiedenen Institutionen, wie Pflegeheime, Altersheime, Pflegewohngruppen etc. Oder wüssten Sie, wo Ihre Mutter am besten aufgehoben wäre? Bzw. was so ein Aufenthalt in etwa kostet?*

*In den nächsten 20 Jahren werden von Jahr zu Jahr mehr alte Leute in unserer Gesellschaft leben. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko für Krankheiten wie Demenz, Parkinson und Krebs. Alte Menschen die krank werden, leiden meistens an mehreren Krankheiten gleichzeitig, z. B. leidet ihre Mutter seit Jahren an einem Diabetes, zusätzlich hat sie eine Osteoporose (die Knochen sind brüchig) und nun fängt sie an gewisse Sachen zu vergessen. Und jetzt? Solche Situationen überfordern eine Familie schnell. Eine Anlaufstelle wie die Fachstelle Alter kann in solchen Situationen sehr hilfreich sein. Zumal hier Wissen gebündelt wird und deshalb Kosten gespart werden können.*

*Die SP- Fraktion beantragt die Fachstelle Alter ins Budget 2008 auf zu nehmen. In diesem Sinne hoffe ich auf ein klares Zeichen für den alten Menschen aus diesen Reihen.*

### **Abstimmung über den Antrag betreffend Altersbeauftragter**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 19 : 15 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 21 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Betreutes Wohnen (mit den vorgeschlagenen Änderungen) zu genehmigen.**

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit wird die Sitzung an dieser Stelle abgebrochen. Sie wird am 10. Dezember 2007 fortgeführt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 10. Dezember 2007 statt.

Schluss der Sitzung	22.15 Uhr
Für das Protokoll	Die Parlamentssekretärin Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum	Der Präsident Werner Hürlimann
-------	-----------------------------------

Datum	Die Stimmzähler/innen:  Stefan Feldmann  Walter Meier  Andres Kunz
-------	--